

Divided States of America: Die Polarisierung im U.S.- Wahlkampf

Eine Analyse politisch-ideologischer Distanz

In der politikwissenschaftlichen Forschung herrscht der Konsens, dass das Problem der politischen Polarisierung im U.S.-Kongress in den letzten 20 Jahren zugenommen hat. Inwiefern auch der Präsidentschaftswahlkampf von diesem Phänomen betroffen ist, soll in diesem Artikel untersucht werden. Basierend auf den theoretischen Überlegungen Downs' und anhand einer qualitativen Inhaltsanalyse unter Anwendung der Kategorien des Comparative Manifesto Projects wird der Grad der Polarisierung von 1988 bis 2012 untersucht. Es kann keine ansteigende Polarisierung der Positionen der Kandidaten über diesen Zeitraum festgestellt werden. Stattdessen kommt es zu einer Polarisierung hinsichtlich moralischer Themen, die sich auch in der öffentlichen Meinung widerspiegelt. Auch zeitgeschichtliche Ereignisse haben einen Einfluss auf die Positionen der Kandidaten.

Political Scientists agree that the problem of political polarization in Congress has increased over the last 20 years. This article focuses on the question of whether the presidential campaign is affected by the phenomena of polarization as well. Based on the theoretical considerations of Downs, we are looking at the degree of polarization between the years of 1988 and 2012. For this purpose, we are using qualitative content analysis and applying the categories of the Comparative Manifesto Project. There is no proof of polarization of the candidates' positions in that time frame. However, we do find polarization with respect to moral issues, which are also reflected in public opinion. Furthermore, we find that historical events also have an impact on the positions of the candidates.

Key words: political polarization, US-election campaign, presidential candidates, Comparative Manifesto Project

LFP- Arbeit vorgelegt von:

Hansen, Vera

Hashemi, Shabnam Chiara

Meyer zu Bexten, Charlotte Marie

Stedele, Constanze

Relevanz und Forschungslücke

Die politische Polarisierung in Amerika wird als eines der wichtigsten Probleme der amerikanischen Politik des 21. Jahrhunderts angesehen. Fast alle Beobachter der amerikanischen Politik stimmen überein, dass eine Polarisierung vorliegt, wenige können sich jedoch auf die Gründe hierfür einigen (Nivola, u.a. 2006: ix). Noch in den 1950er Jahren wurde von der *American Political Science Association* bemängelt, dass die Parteien keiner klaren programmatischen Linie folgten, in sich nicht ideologisch kohärent wären und keine klaren politischen Unterschiede aufweisen würden (APSA 1950: 303 ff.). Heute hingegen wird die große politisch-ideologische Distanz zwischen den Parteien und die große Kohärenz innerhalb der Parteien oftmals kritisch von den Medien bewertet und als Hauptursache für die mangelnde überparteiliche Kooperation und Kompromissbereitschaft in der amerikanischen Politik gesehen. Dies führte 2013 zu einem *Government Shutdown* und damit zur völligen Stilllegung des Staatsapparates (Balz 2013). Auch aus diesem Grund fokussiert sich die wissenschaftliche Debatte vor allem auf den Kongress, obwohl vermehrt Wissenschaftler davon ausgehen, dass das Phänomen der Polarisierung nicht nur im Parlament, sondern auch in der gesamten politischen Elite und in der amerikanischen Wählerschaft auftritt (vgl. Abramowitz 2010, Sussell, u.a. 2015). So herrscht vor allem bei dem Thema der gesellschaftlichen Polarisierung große Uneinigkeit (vgl. Fiorina, u.a. 2006: 53 f.; Abramowitz, u.a. 2008: 546 ff.). Die Frage, ob und inwiefern auch der amerikanische Präsidentschaftswahlkampf von der Polarisierung betroffen ist, kann zum jetzigen Zeitpunkt auf Grund mangelnder Forschung noch nicht beantwortet werden.

Gegen eine Polarisierung der Präsidentschaftskandidaten spricht dabei einerseits das anerkannte Distanz-Modell (*spatial voting model*), welches in einem Zwei-Parteien System von einer zunehmenden Konvergenz der Kandidaten ausgeht. In diesem Modell sind die Präferenzen der Wähler auf einer Rechts-Links Skala verteilt. Sie bevorzugen immer den Kandidaten, der sich auf dieser Skala am nächsten zu ihren eigenen Überzeugungen befindet. Folglich würden sich beide Kandidaten immer um die Mitte der Skala herum ansiedeln, um ihren Stimmenanteil zu maximieren (Grofman 2004: 25 f.; Lewis, u.a. 1999: 21 ff.). Andererseits wurde in den letzten 20 Jahren kritisiert, dass sich dieses Modell in der Realität nicht bewährt (vgl. Frenreis, u.a. 2003). Um die Positionen der Abgeordneten wissenschaftlich zu erfassen, wurde in der Legislative mithilfe der *roll-call votes* das Abstimmungsverhalten der einzelnen Abgeordneten im Vergleich zu den Mitgliedern ihrer Partei und den Mitgliedern der anderen Partei statistisch erfasst (vgl. Poole, u.a. 2001; Nivola, u.a. 2006). Im Präsidentschaftswahlkampf gestaltet sich dies schwieriger, da keinerlei quantitatives Datenmaterial vorhanden ist, um eine Polarisierung der Präsidentschaftskandidaten festzustellen.

Im vorliegenden Forschungsprojekt wurde deshalb ein erster Versuch durchgeführt, eine Polarisierung der Präsidentschaftskandidaten zu erfassen und zu quantifizieren. Dabei wird die Polarisierung des Wahlkampfes jedoch nicht als ein isoliertes Phänomen betrachtet, sondern auch Überlegungen zur Polarisierung der Wählerschaft mit einbezogen. Hierbei wird die umfassende Definition von Manfred G. Schmidt verwendet, in der Polarisierung als „das Ausmaß einer Gegensätzlichkeit in einem Gemeinwesen“ (Schmidt 2004: 535) definiert wird. Darunter ist insbesondere die „politisch-ideologische Gegensätzlichkeit, wie die Stärke des Links-rechts-Gegensatzes [...]“ zu verstehen (Schmidt 2004: 535).

Theoretische Vorannahmen

Als unsere theoretische Grundlage dient die „Ökonomische Theorie der Demokratie“ aus dem Jahr 1957 von Anthony Downs (vgl. Downs 1968). Hierbei sind die zentralen Akteure die Wähler sowie die Parteien in einem Zwei-Parteien System. Letztere bezeichnet Downs dabei als eine Gruppe „deren Mitglieder über alle von ihnen verfolgten Ziele einer Meinung sind [und deren] Ziele [sich] als einheitliche, widerspruchsfreie Präferenzordnung auffassen“ (Downs 1968: 25) lassen. Das bedeutet, dass Downs aus Abstraktionsgründen jede Partei als Einzelperson behandelt (Downs 1968: 25). Dieser Logik wird in der Analyse gefolgt und die Präsidentschaftskandidaten werden als oberste Repräsentanten ihrer Partei und damit als Äquivalent für die jeweilige Partei angesehen.

Zentral in Downs' Erläuterungen ist, dass Wähler und Politiker rationale Akteure sind und deshalb einzig und allein nach dem Erreichen ihrer wirtschaftlichen und politischen Ziele mit möglichst geringem Aufwand streben (Downs 1968: 4 ff.). Für die Präsidentschaftskandidaten ist dabei das höchste Ziel in ein politisches Amt gewählt zu werden, weshalb sie nach der Maximierung ihres Stimmenanteils bei einer Wahl streben (Arzheimer, u.a. 2005: 251 ff.). Der Wähler hingegen möchte, dass die Präsidentschaftskandidaten seine persönlichen Interessen bestmöglich vertreten und wird folglich immer den Kandidaten wählen, von dem er sich ein höheres Nutzeneinkommen in der kommenden Legislaturperiode verspricht (Downs 1968: 37). Da der Wähler jedoch niemals alle für seine Entscheidung relevanten Informationen über die Kandidaten besitzen kann, tritt für den Wähler der Status der Ungewissheit ein (Arzheimer, u.a. 2005: 253 ff.). Als Ungewissheit bezeichnet Downs „einen Mangel an Wissen über das Auftreten und den Verlauf vergangener, gegenwärtiger, zukünftiger oder hypothetischer Ereignisse“ (Downs 1968: 75).

Diese Ungewissheit hat den Einsatz von Ideologien im Wahlkampf zur Folge (Downs 1968: 93). Unter Ideologie versteht Downs dabei die Position eines Kandidaten „hinsichtlich eines *superissues*, d.h. einer politischen Grundsatzfrage, die in einem Zusammenhang mit vielen anderen politischen Streitfragen steht, die ihr logisch nachgeordnet sind“ (Arzheimer, u.a. 2005: 258). Durch den Einsatz von Ideologien muss der Wähler seine Wahlentscheidung nicht länger auf Grundlage seiner hypothetischen Annahmen über ein zukünftiges Regierungshandeln treffen (Downs 1968: 95 f.), sondern er entscheidet sich für den Kandidaten, welcher seinem individuellen, ideologischen Standpunkt am nächsten ist (Arzheimer, u.a. 2005: 258 f.). Für die Kandidaten hat der Einsatz von Ideologien den Vorteil, dass sie nicht länger für jede politische Sachfrage eine Position ausarbeiten müssen (Arzheimer, u.a. 2005: 257). Um möglichst viele Wähler auf ihre Seite zu ziehen, positionieren sich die Kandidaten ideologisch immer dort auf dem politischen Spektrum, wo sich auch am meisten Wähler ideologisch einordnen (Downs 1968: 113 ff.).

Damit bestehen laut Downs' These zwei mögliche ideologische Positionierungen der Kandidaten: Konvergenz oder Divergenz. Bei einer Konvergenz der Positionen orientieren sich die Kandidaten am Median-Wähler, welcher laut Downs den Idealpunkt des Wählers in der politischen Mitte darstellt. Das bedeutet, die Kandidaten gehen davon aus, dass es besonders viele gemäßigte Wähler in der Mitte gibt und versuchen deshalb möglichst viele Wählergruppen durch ihre gemäßigten Positionen anzusprechen (Downs 1968: 131)¹. Jedoch kann es in einem Zwei-Parteien System auch zu

¹ Siehe Abbildung 1 im Abbildungsverzeichnis S.27.

dem genau gegensätzlichen Phänomen kommen: Vertritt die Wählerschaft nämlich extreme Positionen, werden die Präsidentschaftsanwärter durch eine gemäßigte Positionierung mehr Stimmen an den politischen Rändern verlieren, als sie in der Mitte gewinnen (Arzheimer, u.a. 2005: 259). Daraus folgt, dass die ideologische Divergenz der Kandidaten dann besonders hoch sein wird, wenn die Präferenzen der Wähler bimodal in der Nähe der politischen Extreme liegen (Downs 1968: 115 f.)². Es zeigt sich somit, dass laut Downs die Positionen der Kandidaten in einem Wahlkampf sich an den Positionen der Wählerschaft orientieren und erstere sich nur dann divergent entwickeln, wenn letztere es auch tun. Dies ist die zentrale, theoretische Grundannahme der Forschungsarbeit.

Fragestellung und Vorgehensweise

Abgeleitet aus der Down'schen Theorie besteht ein Zusammenhang zwischen dem Verhalten von Wählern und Kandidaten (vgl. Downs 1968). Dieser Zusammenhang kann jedoch nicht kausal untersucht werden, weshalb kein Theorietest durchgeführt wird. Stattdessen soll die Polarisierung der Präsidentschaftskandidaten als Phänomen untersucht und dieses anhand der Ergebnisse näher beschrieben werden. In diesem Zusammenhang wird dann auch auf die Polarisierung der Wählerschaft eingegangen. Daraus werden die zweigliedrige Forschungsfrage und zwei Arbeitshypothesen formuliert:

Fragestellung: Hat es über den Zeitraum 1988 bis 2012 hinweg eine Polarisierung der Positionen der US-amerikanischen Präsidentschaftskandidaten während des Hauptwahlkampfes gegeben? Wie hat sich eine mögliche Polarisierung über den Untersuchungszeitraum hinweg entwickelt?

Hypothese 1: Über die Jahre 1988 bis 2012 hinweg liegt eine Polarisierung der Präsidentschaftskandidaten vor.

Hypothese 2: In diesem Zeitraum hat sich die Polarisierung der Kandidaten verstärkt.

Um Hypothese 1 zu testen, wird im ersten Teilschritt mithilfe der Analyseergebnisse aufgezeigt, ob es in der Fallauswahl eine Polarisierung der Positionen der Kandidaten auf Bundesebene gegeben hat. Diese Erkenntnisse werden anhand der qualitativen Inhaltsanalyse der Hauptfernsehdebatten gewonnen. Die dadurch generierten Ergebnisse werden dann in Teilschritt zwei dazu genutzt, um Hypothese 2 gegebenenfalls zu bestätigen und dabei einen möglichen Trend in der Entwicklung der Polarisierung aufzuzeigen. Hierfür werden die Analyseergebnisse anhand zeitgeschichtlicher, sozioökonomischer und soziokultureller Ereignisse interpretiert. Dabei wird auch auf den Zusammenhang zwischen der Polarisierung der Kandidaten und der Polarisierung der Wähler eingegangen. Methodisch wird hierbei die Dichte Beschreibung nach Clifford Geertz hinzugezogen.

Fallauswahl

Um die Polarisierung der Positionen, welche die Kandidaten während des Hauptwahlkampfes beziehen, empirisch zu untersuchen, wird im Rahmen des Forschungsdesigns die (Einzel-)Fallstudie ausgewählt. Sie ist besonders für einen einzelnen Fall oder eine geringe Anzahl an empirischen Fällen

² Siehe Abbildung 2 im Abbildungsverzeichnis S.27.

geeignet, da das Interesse auf der genauen Beschreibung und Interpretation eines politischen Phänomens liegt. In der vorliegenden Forschung ist dies die Polarisierung von Positionen, sei es bei der Wählerschaft oder den Kandidaten (Styckow, u.a. 2010: 164). Mit den deduktiv generierten Hypothesen werden die Hauptwahlkämpfe 1988, 1992, 1996, 2000, 2004, 2008 und 2012 dahingehend untersucht, ob sich die Downsche Theorie für diese Fälle bewährt.

Die historische Analyse der Fälle wird auf Bundesebene stattfinden. Zum einen weil so Aussagen über die Polarisierung der Kandidaten über einen längeren Zeitraum getroffen werden können und zum anderen, weil einheitliches Datenmaterial vorhanden ist. Die Betrachtung der Kandidaten in den Vorwahlen ist kategorisch ausgeschlossen worden, da sie schwer einheitlich analysierbar sind und weitestgehend Einigkeit in Wissenschaft und Medien herrscht: Sowohl Wählerschaft als auch Kandidaten sind in dieser Zeit polarisiert (vgl. Klingst 2016). Bei jedem Wahlkampf werden alle drei (in manchen Fällen wurden nur zwei Debatten abgehalten) im Fernsehen übertragenen Hauptdebatten analysiert. So kann garantiert werden, dass alle angesprochenen Themen beachtet und kodiert werden. Die Erkenntnis, dass in den Reden jeweils unterschiedliche Themenbereiche pro Debatte angesprochen werden, wurde aus stichprobenhaften Auswertungen der Debatten gezogen. Somit sind alle Hauptdebatten von gleich großer Relevanz und Bedeutung. Zudem bietet die Analyse aller Debatten die Chance, Aussagen über die Polarisierung der Kandidaten über die Jahre hinweg zu treffen und eventuelle Unterschiede oder Steigerungen/Schwächungen darzustellen. Die Fernsehdebatten sind so strukturiert, dass jeder Kandidat die gleiche Menge Sprechzeit für Rede und Antwort erhält. Vor 1992 wurden die Fragen von einem Moderator und drei Journalisten ausgewählt, inzwischen werden durch die *Gallup Organization* 100 noch unentschiedene Bürger hinzugezogen, welche Fragen an die Kandidaten stellen (The Commission on Presidential Debates 2015). In Tabelle 1 werden die ausgewählten Fälle dargestellt:

Wahljahr	Kandidat 1	Kandidat 2	Kandidat 3	Wahlbeteiligung
1988	George Bush Senior (Republican) 53,4 % Popular Vote	Michael Dukakis (Democrat) 45,7 % Popular Vote		50,1 %
1992	George Bush Senior (R) 37,4 %	Bill Clinton (D) 43,0 %	Ross Perrot 18,9 %	55,2 %
1996	Bob Dole (R) 40,7 %	Bill Clinton (D) 49,2 %	Ross Perrot 8,4 %	49,0 %
2000	George Bush Junior (R) 47,9 %	Al Gore (D) 48,9 %		51,3 %
2004	George Bush Junior (R) 50,7 %	John Kerry (D) 48,3 %		55,3 %

2008	John McCain (R) 45,7 %	Barack Obama (D) 53,9 %		57,5 %
2012	Mitt Romney (R) 47,2 %	Barack Obama (D) 51,1 %		53,6 %

Untersuchungs- und Erhebungsmethoden

Die Ausgangsfrage der Forschung ist, ob die Positionen der Präsidentschaftskandidaten in den Vereinigten Staaten in den Hauptwahlkämpfen 1988 bis 2012 polarisiert waren. Um diese Frage zu beantworten, wird der Ansatz des *Comparative Manifesto Projects* (CMP) genutzt. Die Frage, mit der sich das CMP seit 1979 beschäftigt, war, ob sich die Parteien in bestimmten politischen *issues* nach dem Zweiten Weltkrieg annäherten oder voneinander entfernten (Klingemann, u.a. 2006: xvii). Diese Fragestellung hatte auch einen Einfluss auf die theoretische Debatte um Rational-Choice Ansätze, die maßgeblich von Downs beeinflusst wurde. Ob sich die Positionen der Parteien denen des Medianwählers annäherten, soll mit Hilfe des CMP untersucht werden. (Klingemann, u.a. 2006: xviii).

Die „Manifestos“, die mit Hilfe dieser Kategorien operationalisiert werden sollen, sind Wahlprogramme. Diese werden im Handbuch 2014 definiert als „text published by a political party or presidential candidate in order to compete for votes in national elections“ (Werner, u.a. 2014: 2). Die *Manifesto Research Group* gewinnt damit Daten aus Texten, die von den Parteien selbst stammen, die bisher nur selektiv und nicht systematisch genutzt wurden, um politische Positionen festzustellen (Klingemann, u.a. 2006: xvi). Insbesondere in Lateinamerika hat das CMP seine Methode verwendet, um die Positionen von Präsidentschaftskandidaten anhand von Manifestos zu bestimmen (Werner, u.a. 2014: 2). Da es solche klassischen Manifestos, also Wahlprogramme der Parteien, in den USA nicht gibt, werden die transkribierten Protokolle der drei Fernsehdebatten der Kandidaten im Hauptwahlkampf verwendet. Obwohl die Fernsehdebatten keine klassischen „Manifestos“ nach der Definition des Manifesto-Projekts sind, erfüllen sie im Wahlkampf eine sehr ähnliche Funktion. Sie werden verwendet, um für Stimmen bei den Wählern zu kämpfen und die Positionen der Kandidaten, auch in Abgrenzung zur Position anderer, deutlich zu machen. Daher wird die Verwendung der Fernsehdebatten als legitim angesehen. Die Fernsehdebatten werden auch zu einem hohen Maß von den Wählern rezipiert. Laut den *American National Election Studies* (ANES) haben in den Jahren 1992 bis 2012 jeweils ein signifikanter Anteil³ der Wähler Fernsehprogramme über die Wahlkämpfe im Fernsehen angeschaut⁴ (ANES Guide to Public Opinion and Electoral Behavior 2012).

Um die Forschungsfrage zu beantworten, wird sich der Rechts-Links Skala, die das CMP am Beispiel Großbritanniens in den 1970er Jahren entwickelt hat, bedient, um die relative Gewichtung eines politischen *issues* zu messen (Klingemann, u.a. 2006: xviii). Im Zuge von Diskussionen innerhalb der *Manifesto Research Group* wurden diese ursprünglich 22 Kategorien auf heute 56 Kategorien erweitert (Klingemann, u.a. 2006: xviii; Werner, u.a. 2014). Insgesamt wurden 26 Pro- und

³ Zwischen 63 Prozent und 86 Prozent der Bevölkerung haben die Debatten rezipiert.

⁴ Abbildung 3: siehe Anhang S. 27.

Kontra-Kategorien in Policy-Bereichen entwickelt, in denen eine direkte Konfrontation zwischen zwei Policies am wahrscheinlichsten schien und die man in rechte beziehungsweise linke Kategorien einfügen kann (Klingemann, u.a. 2006: xviii). Um die Rechts-Links Einteilung der Kategorien auch empirisch nachzuweisen, haben Budge und Laver mit den Daten der *Manifesto Research Group* bis circa 1982 Faktoranalysen durchgeführt. Dabei zeigte sich, dass die Kategorien, die man bisher auf theoretischer Grundlage einer rechten oder linken Seite zugeordnet hat, auch eine beständige Kovariation aufweisen (Klingemann, u.a. 2006: 5 f.). Auf diese Weise wurden Daten nicht nur darüber generiert, welche Positionen die einzelnen Parteien haben, sondern auch welche relative Bedeutung sie diesen zumessen. Dies wird durch die Anzahl der Aussagen gemessen, die eine Partei oder ein Kandidat einem Thema in dem zu untersuchenden Manifesto gibt (Klingemann, u.a. 2006: 116 f.). Diese Theorie beruht auf einem spezifischen Modell von Parteiwettbewerb, der *saliency theory*, laut derer die Parteien ihnen wichtige Themen betonen und andere Themen, die von einer anderen Partei häufig verwendet werden, zu einem geringeren Maß ansprechen. Dabei haben die Parteien *policy packages*, die für sie wichtig sind und die sie dem Wähler präsentieren (Laver, u.a. 2000: 620). Heute gibt es diese 26 Rechts-Links Kategorien und 30 weitere unimodale Kategorien (Werner, u.a. 2014: 8). Dies sind die klassischen rechten und linken Kategorien nach dem Manifesto-Ansatz, dargestellt in Tabelle 2:

Rechte Kategorien	Linke Kategorien
Military: Positive	Anti-Imperialism - State Centered Anti-Imperialism - Foreign Financial Influence
Freedom and Human Rights - Freedom - Human Rights	Military: Negative
Constitutionalism: Positive	Peace
Political Authority - Political Authority: Party Competence - Political Authority: Personal Competence - Political Authority: Strong Government - Former Elites: Positive - Former Elites: Negative - Rehabilitation and Compensation	Internationalism: Positive
Free Market Economy	Democracy - General: Positive - General: Negative - Representative Democracy: Positive - Direct Democracy: Positive
Incentives: Positive	Market Regulation
Protectionism: Negative	Economic Planning
Economic Orthodoxy	Protectionism: Positive
Welfare State: Limitation	Controlled Economy
National Way of Life: Positive	Nationalisation

- General - Immigration	
Traditional Morality: Positive	Welfare State: Expansion
Law and Order - Law and Order General: Positive - Law and Order General: Negative	Education: Expansion
Civic Mindedness - General - Bottom-Up Activism	Labour Groups: Positive

(Klingemann, u.a. 2006: 5; Werner, u.a. 2014: 16 f.).

Die Rechts-Links Skala wird berechnet, indem man die prozentuale Häufigkeit der rechten Kategorien von der prozentualen Häufigkeit der linken Kategorien abzieht. In der Skala zeigen negative Werte linke und positive Werte rechte Positionen. Ein Manifesto, welches sich nur auf linke Inhalte beziehen würde, erreichte damit einen Wert von -1 und eine Partei die nur rechte *issues* nennen würde, käme auf einen Wert von +1. So erhält man einen Wert für jeden Kandidaten oder jede Partei, die zur Wahl antritt und kann sie auf der Skala einordnen (Klingemann, u.a. 2006: 5). Der Ansatz von Budge, Laver und Klingemann wurde in der Debatte um die Methodik des Manifesto-Projekts weiterentwickelt. In den *spatial theories* geht man davon aus, dass die Policy-Positionen der Akteure auf einer kontinuierlichen, intervallskalierten Skala liegen. Die CMP-Ansätze zeigen zuerst aber nur die absolute und relative Anzahl der Texteinheiten in den Kategorien, in dem man die Differenz zwischen der Anzahl der rechten (R) und linken (L) Kategorien durch die Anzahl aller Kategorien (N) dividiert (Lowe, u.a. 2011: 125 f.).

$$\theta^{(s)} = \frac{R - L}{N}.$$

Diese Berechnungsmethode hat das Problem, dass sowohl die 30 Kategorien, die nicht in R und L eingeteilt werden können und auch der nicht-kodierbare Inhalt das Ergebnis der Skala beeinflussen, obwohl der proportionale Unterschied zwischen R und L nicht kleiner geworden ist (Lowe, u.a. 2011: 128). Um dies zu verhindern wird vorgeschlagen, die relative proportionale Differenz der Positionen zu berechnen.

$$\theta^{(R)} = \frac{R - L}{R + L}.$$

Um das Problem der fixen Endpunkte der Skala zu beheben und eine Häufung an beiden Enden der Skala zu vermeiden, wird von einer symmetrischen Skala ausgegangen, die das anteilige Verhältnis, also die Balance zwischen R/L zeigt (Lowe, u.a. 2011: 129). Daraus ergibt sich folgende Rechnung:

$$\begin{aligned}\theta^{(L)} &= \log \frac{R+.5}{L+.5} \\ &= \log(R+.5) - \log(L+.5).\end{aligned}$$

Die so gewonnene Skala hat keine definierten Endpunkte sondern zeigt die Möglichkeiten extremer Positionen besser auf. Allerdings werden exponentiell viele rechte oder linke Aussagen benötigt, um die Skala in die Extreme zu verschieben. Zur Stabilisierung der Skala bei 0 und bei Positionen, die auf einer kleinen Anzahl von Aussagen basieren, hat man hier 0,5 zu R und L addiert. Dies beeinflusst die Position von Aussagen mit höherer Anzahl kaum, verhindert aber eine definitorische Lücke (Lowe, u.a. 2011: 131 f.).

Nach dem ersten Kodieren des Datenmaterials haben sich allerdings Probleme bei der Anwendung der Kategorien auf die Fernsehdebatten gezeigt. In diesen wird viel über die Kompetenz der Kandidaten und Parteien diskutiert, in einem Versuch, der Wählerschaft die eigenen Stärken in möglichst vielen Policy-Bereichen zu zeigen (Stonecash 2013: 97 f.). Dies führt bei der Kodierung vor allem dazu, dass die Kategorie „Political Authority“ und hier vor allem die Unterkategorie „Political Authority: Personal Competence“ sehr häufig kodiert wurde. Bei den republikanischen Kandidaten wurde sie im Durchschnitt bei 32,02 Prozent der kodierten Textstellen verwendet und bei den demokratischen Kandidaten zu 32,76 Prozent, während bei dem unabhängigen Kandidaten Perot diese Kategorie zu 34,04 Prozent verwendet wurde. Da diese Kategorie in der Einteilung des CMP eine rechte Kategorie ist, hat dies zu einer deutlichen Verschiebung der Ergebnisse in den positiven Bereich geführt. Um zu verhindern, dass die Kategorie „Political Authority“ die Darstellung der Polarisierung zu sehr verzerrt und da es kaum inhaltliche Aussagen in den so kodierten Textstellen gab, wurde beschlossen, die Kategorie „Political Authority“ bei der Analyse der Ergebnisse nicht zu berücksichtigen.

Im Kodierungsprozess sind auch weitere Probleme entstanden. So gestaltete sich die Kodierung von Textstellen zu Gleichstellung und Diskriminierung, Abtreibung und Waffenkontrolle zunächst als schwierig. Hier wurden sowohl Pro- als auch Kontra-Aussagen zu diesen Themen in rechte Kategorien kodiert. Positive Aussagen über Gleichstellungsbemühungen wurden in die rechte Kategorie „Freedom, Human Rights“ kodiert, während negative Aussagen hierzu unter die Kategorie „Traditional Morality: Positive“ fielen. Dieses Phänomen gibt es auch bei dem Thema der Waffenkontrolle. Während Aussagen für strengere Kontrollen und Gesetze in die rechte Kategorie „Law and Order: Positive“ kodiert wurden, so finden sich Aussagen über das Recht, eine Schusswaffe zu besitzen, auch in den rechten Kategorien „Constitutionalism: Positive“ und „Traditional Morality: Positive“.

Um dieses Problem zu umgehen, wurden induktiv zwei neue linke Kategorien gebildet. Hier handelt es sich einmal um die Kategorie „Equal Rights: Positive“ und „Living Constitution“. Diese wurden wie folgt definiert:

- **„Equal Rights: Positive“:** Favourable mentions for an inclusive society. Such as: equal rights for women, immigrants, members of the LGBTQ- community; pro-choice argumentation.
- **„Living Constitution“:** Favourable mentions of the need for contemporary interpretation of the constitution. May also include: gun control.

Ein weiteres Problem lag in den Definitionen der Wirtschaftskategorien. Um die Übersichtlichkeit und Interkoderreliabilität zu erhöhen, wurde beschlossen, die jeweils rechten und linken Wirtschaftskategorien in einer Überkategorie zusammenzufassen. Dies wurde durch die teilweise unscharfen Definitionen nötig, als auch durch die unterschiedliche Interpretation dieser durch die Koder. Die Kategorie „Nationalisation“ wurde nicht in die neue Einteilung übernommen, da sie im Datenmaterial von keinem Koder verwendet wurde. Das überarbeitete Kategorienschema wird in Tabelle 3 dargestellt⁵:

Rechte Kategorien	Linke Kategorien
Military: Positive	Anti-Imperialism - State Centered Anti-Imperialism - Foreign Financial Influence
Freedom and Human Rights - Freedom - Human Rights	Military: Negative
Constitutionalism: Positive	Peace
Free Market: Positive - Economic Orthodoxy - Protectionism: Negative - Free Market Economy - Incentives: Positive	Internationalism: Positive
Welfare State: Limitation	Democracy - General: Positive - General: Negative - Representative Democracy: Positive - Direct Democracy: Positive
National Way of Life: Positive - General - Immigration	Market Regulation: Positive - Economic Planning - Protectionism: Positive - Regulate Capitalism, Market - Controlled Economy - Labour Groups: Positive
Traditional Morality: Positive	Welfare State: Expansion
Law and Order - Law and Order General: Positive - Law and Order General: Negative	Education: Expansion
Civic Mindedness - General	Living Constitution

⁵ Definitionen, der vom CMP übernommen Kategorien, finden sich im Anhang S. 28.

- Bottom-Up Activism	
	Equal Rights: Positive

Um diese Kategorien auf das Datenmaterial anzuwenden, wird eine strukturierende qualitative Inhaltsanalyse verwendet, um nach Mayring die Kommunikation der Kandidaten auf eine systematische, regelgeleitete und theoriegeleitete Art zu analysieren und dabei Rückschlüsse auf bestimmte Aspekte der Kommunikation zu ziehen (Mayring 2015: 13).

Die Analyseeinheiten sind die einzelnen Fernsehdebatten. Die Kodiereinheiten sind dabei die vom Manifesto-Projekt angewendeten Quasi-Sätze. Ein Quasi-Satz „contains exactly one statement or message“ (Werner, u.a. 2014: 6). In den meisten Fällen gebe es auch nur eine Aussage in einem Satz, so dass ein Quasi-Satz meist auch ein semantischer Satz sei. Jeder Satz ist also minimal eine Kodiereinheit. Der Satz darf getrennt werden, wenn er mehr als eine ähnliche oder nicht ähnliche Aussage enthält. Beispiele, Begründungen oder Erklärungen gelten dabei nicht als eine zweite Aussage, trennen also den Satz nicht (Werner, u.a. 2014: 6). Um das Transkribieren, Kodieren und spätere Analysieren des Datenmaterials einfacher und übersichtlicher zu gestalten, wird die Software MaxQDA verwendet.

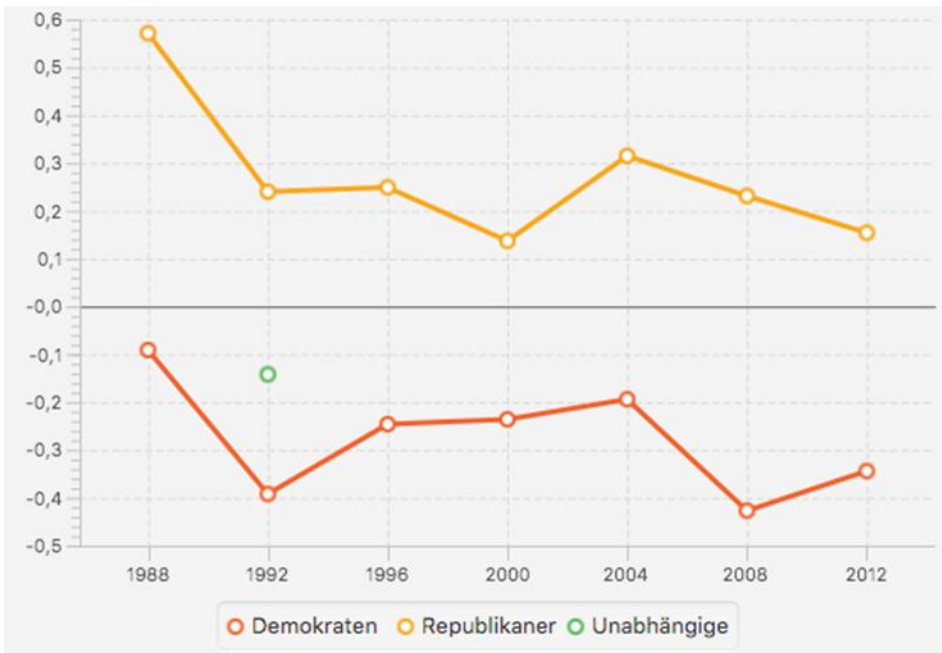
Dichte Beschreibung

Zur Interpretation der Ergebnisse wird die Methode der Dichten Beschreibung von Clifford Geertz verwendet. Diese dient dazu, kulturelle Systeme darzustellen und sie sowohl für den Forschenden selbst als auch für Außenstehende verständlich und nachvollziehbar zu machen. Ziel ist es, Bedeutungs- und Sinnsysteme detailliert zu rekonstruieren: Geertz sieht den Menschen als ein Wesen an, dass in einem selbstgesponnenen Bedeutungsgewebe verstrickt ist, welches er als Kultur versteht (Geertz 1987: 9).

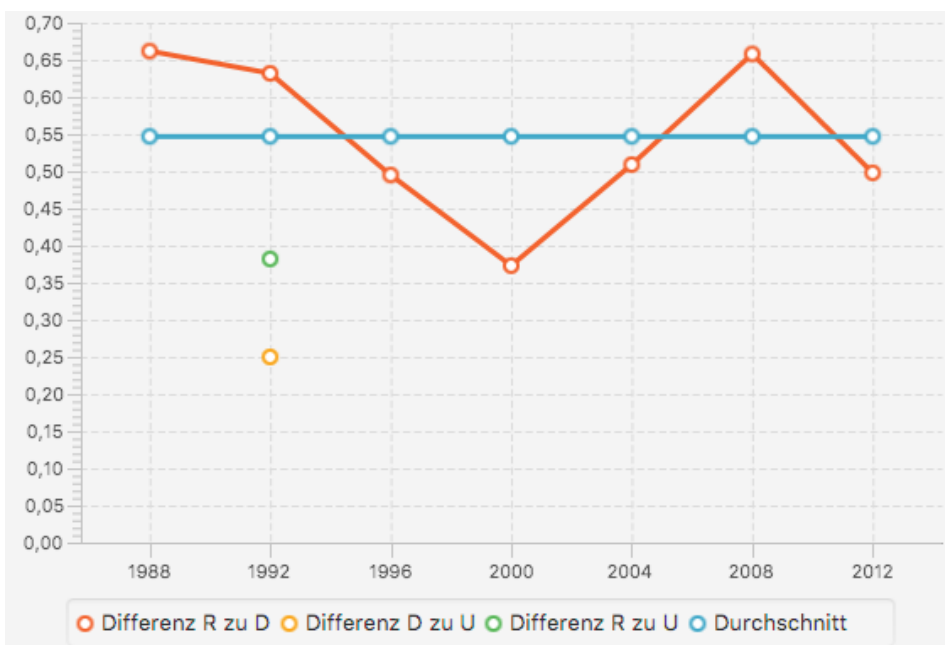
Geertz greift, um Dichte zu produzieren, auf ein additives Verfahren zurück. Er speist seine Befunde schrittweise mit immer mehr Interpretationsmaterial, indem er verschiedene Perspektiven, ökonomische, psychoanalytische, soziologische und ästhetische, aufgreift und in Zusammenhang hinsichtlich des zu untersuchenden Phänomens setzt (Wolff 1992: 350). Bei der Umsetzung der Methode wird sich an einem Dreischritt aus Beschreiben, Verstehen und Deuten orientiert. Beim Beschreibungsprozess geht es zunächst einmal darum den Einzelfall zu erfassen und dabei durch ethnographische Details ein lebendiges Bild des Untersuchungsgegenstandes wiederzugeben. Das Verstehen beinhaltet bereits erste Formen der Interpretation in Form von Kontextualisierung des beobachteten Materials mit Zeit, Raum und anderen äußeren Einflüssen. Die Deutung bezieht sich dann auf einen größeren Interpretationsrahmen, reflektiert das Erfasste und setzt es in Verbindungen mit anderen Themen. Diese drei genannten Ebenen sind keinesfalls separat voneinander zu betrachten, vielmehr spielen sie zusammen und ergänzen sich in ihrer Sinnhaftigkeit. Der Forschende muss sich seiner Position im Feld bewusst sein und sollte über Vorwissen verfügen, um alle Details des Systems erfassen zu können. Dennoch sollte er seine persönlichen Einstellungen und Denkweisen möglichst ausblenden, um vorurteilsfrei und mit großem Fokus das Feld betreten zu können (vgl. Geertz 1972; Geertz 1987).

Ergebnisse

Nach dem Kodieren wurden folgende Ergebnisse generiert: Graph 1 zeigt die Entwicklung der Positionen der Kandidaten der demokratischen und republikanischen Partei über den Zeitraum von 1988 bis 2012 hinweg an. Graph 2 zeigt die Differenz zwischen den Kandidaten an. Dabei zeigt der rote Verlauf die Differenz zwischen den republikanischen und demokratischen Kandidaten, der blaue Verlauf den Durchschnittswert von 0,547, der grüne Punkt die Differenz zwischen Perot und Bush Senior und der gelbe Punkt die Differenz zwischen Perot und Clinton.



Graph 1



Graph 2

Im Folgenden sollen die Ergebnisse noch einmal detailliert dargestellt werden. Mit dem Beginn der Analyse im Jahr 1988 fällt vor allem die starke Verschiebung nach rechts auf. Die Differenz der Werte zwischen den Kandidaten liegt mit 0,662 deutlich über dem Durchschnittswert von 0,547, was

sich auch in den Kodings zeigt. Der republikanische Kandidat Bush Senior verwendet in beiden Debatten deutlich mehr rechte als linke Kategorien. Er liegt bei einem Wert von 0,571. Michael Dukakis' Wert relativ nah am Medianwähler bei -0,091 ist seiner häufigen Verwendung rechter Kategorien geschuldet, dargestellt in Tabelle 4:

Jahr	Kandidat	Häufigste Rechte Kategorien			Häufigste Linke Kategorien		
		1988	Bush (447) ⁶	Military: Positive 54 ⁷ /12,08% ⁸	Traditional Morality: Positive 75/16,78%	Law and Order General: Positive 56/12,53%	Welfare State: Expansion 24/5,37%
	Dukakis (422)	National Way of Life General 54/12,79%	Law and Order General: Positive 34/8,06%	Military: Positive 26/6,16%	Welfare State: Expansion 62/14,69%	Labour Groups: Positive 51/12,09%	Military Negative: 41/9,72%

Im Jahr 1992 nähert sich Bush Senior deutlich an einen mittleren Wert von 0,240 an. Der unabhängige Kandidat Ross Perot liegt mit -0,142 bei einem ähnlichen Wert wie Dukakis im vorhergehenden Wahlkampf, während sich der demokratische Kandidat Bill Clinton mit einem Wert von -0,392 deutlich nach links verschoben hat. Dies führt dazu, dass die Differenz zwischen den Positionen des republikanischen und des demokratischen Kandidaten im Vergleich zum vorhergehenden Wahlkampf mit einem Wert von 0,632 fast gleich und damit wieder über dem Durchschnitt bleibt, während Perot näher an der Position Clintons als an der Position Bush Seniors liegt. Interessant ist hier vor allem die häufige Verwendung der Kategorie „Labour Groups: Positive“ bei allen drei Kandidaten, siehe Tabelle 5:

Jahr	Kandidat	Häufigste Rechte Kategorien			Häufigste Linke Kategorien		
		1992	Bush (629)	National Way of Life General 76/12,08%	Traditional Morality: Positive 66/10,49%	Free Market Economy 41/6,52%	Labour Groups: Positive 45/7,15%
	Clinton (552)	National Way of Life General 59/10,69%	Law and Order General: Positive 20/3,62%	Incentives Positive 15/2,72%	Labour Groups: Positive 80/14,49%	Welfare State: Expansion 72/13,04%	Economic Planning 52/9,42%

⁶ Gesamtzahl aller Kodings.

⁷ Absolute Anzahl der Kodierungen.

⁸ Prozentualer Anteil der kodierten Textstellen.

	Perot (584)	National Way of Life General 68/ 11,64%	Traditional Morality: Positive 53/9,08%	Economic Orthodoxy 27/4,62%	Democracy General: Positive 69/ 11,82%	Labour Groups: Positive 56/9,59%	Protectionism: Positive 45/7,71%
--	----------------	--	--	-----------------------------------	---	---	--

Im darauffolgenden Wahlkampf im Jahr 1996 bewegt sich die Position Clintons mit einem Wert von -0,246 wieder deutlich zurück in Richtung Mitte. Die Position des republikanischen Gegenkandidaten Bob Dole bleibt gemessen an der seines Vorgängers relativ stabil, bewegt sich aber mit einem Wert von 0,249 minimal nach rechts. Die Differenz zwischen den Positionen der Kandidaten sinkt mit einem Wert von 0,495 zum ersten Mal unter den Durchschnitt. Ergebnisse sichtbar in Tabelle 6:

Jahr	Kandidat	Häufigste Rechte Kategorien			Häufigste Linke Kategorien		
1996	Dole (566)	National Way of Life General 97/ 17,14%	Traditional Morality: Positive 51/9,01%	Law and Order General: Positive 45/7,95%	Welfare State: Expansion 42/7,42%	Labour Groups: Positive 39/6,89%	Democracy General: Positive 29/5,12%
	Clinton (573)	National Way of Life General 43/7,51%	Law and Order General: Positive 39/6,81%	Economic Orthodoxy 20/3,49%	Welfare State: Expansion 73/ 12,74%	Labour Groups: Positive 62/ 10,82%	Peace 47/8,21%

George W. Bush bewegt sich im Jahr 2000 wieder deutlich zurück in Richtung Mitte. Sein Wert liegt bei 0,137. Die Position des demokratischen Kandidaten Al Gore dagegen verändert sich nicht deutlich im Vergleich zu dem vorhergehenden Wahlkampf mit Clinton als Kandidat. Gore bewegt sich dennoch leicht in Richtung Mitte und liegt bei einem Wert von -0,236. Die Annäherung der Kandidaten wird auch in der Differenz ihrer Werte deutlich. Diese sinkt auf den niedrigsten Wert von 0,373. Die Annäherung Bush Juniors und Gores zeigt sich auch in der Verteilung der verwendeten Codes, dargestellt in Tabelle 7:

Jahr	Kandidat	Häufigste Rechte Kategorien			Häufigste Linke Kategorien		
2000	Bush (866)	Traditional Morality: Positive 104/ 12,01%	Military: Positive 80/9,24%	Law and Order General: Positive 78/9,01%	Welfare State: Expansion 91/ 10,51%	Education: Expansion 68/7,85%	Labour Groups: Positive 40/4,62%
	Gore (652)	National Way of Life General 63/9,66%	Traditional Morality: Positive 41/6,29%	Military: Positive 36/5,52%	Welfare State: Expansion 95/ 14,57%	Education: Expansion 66/ 10,12%	Equal Rights: Positive 46/7,06%

Im Wahlkampf 2004 bewegen sich beide Kandidaten nach rechts. Während der demokratische Kandidat John Kerry sich leicht nach rechts bewegt mit einem Wert von -0,194, wird Bush Junior deutlich rechter in seinen Positionen. Sein Wert liegt nun bei 0,315, dem höchsten Wert seit 1988. Trotz dieser Entwicklung steigt der Unterschied zwischen ihren Werten wieder deutlich auf 0,509, ein Wert, der dem aus dem Jahr 1996 ähnelt und nah am Durchschnittswert liegt. Auffällig in diesem Wahlkampf ist die Prävalenz außenpolitischer Themen. Diese Ergebnisse sind in Tabelle 8 zu finden:

Jahr	Kandidat	Häufigste Rechte Kategorien			Häufigste Linke Kategorien		
2004	Bush (797)	Military: Positive 141/17,69%	Traditional Morality: Positive 91/11,42%	Law and Order General: Positive 69/8,66%	Internationalism Positive 91/11,42%	Education: Expansion 37/4,64%	Peace 35/4,39%
	Kerry (777)	Military: Positive 79/10,17%	National Way of Life General 70/9,01%	Traditional Morality: Positive 61/7,85%	Internationalism Positive 86/11,07%	Military Negative: 75/9,65%	Welfare State: Expansion 63/8,12%

Dieser Verlauf setzt sich allerdings nicht durch. Im Jahr 2008 bewegen sich beide Kandidaten stark nach links, während innenpolitische Themen wieder an Bedeutung gewinnen. John McCain nähert sich mit 0,231 wieder fast an den Wert von 1992 an. Barack Obama hat hier mit -0,427 den Wert, der im Untersuchungszeitraum am weitesten links ist. In diesem Jahr ist die Differenz zwischen den Werten der Kandidaten mit 0,658 wieder deutlich über dem Durchschnitt. Siehe Tabelle 9:

Jahr	Kandidat	Häufigste Rechte Kategorien			Häufigste Linke Kategorien		
2008	McCain (723)	National Way of Life General 103/14,25%	Military: Positive 82/11,34%	Economic Orthodoxy 56/7,75%	Labour Groups: Positive 59/8,16%	Welfare State: Expansion 44/6,09%	Internationalism Positive 44/6,09%
	Obama (661)	Military: Positive 48/7,26%	National Way of Life General 45/6,81%	Economic Orthodoxy 24/3,63%	Labour Groups: Positive 77/11,64%	Economic Planning 73/11,04%	Welfare State: Expansion 73/11,04%

Bei den Republikanern zeigt sich im Jahr 2012 eine weitere Annäherung an die politische Mitte. Der Wert des republikanischen Kandidaten Mitt Romney liegt mit 0,154 wieder nah an dem Ergebnis von Bush Junior im Jahr 2000. Auch Obama nähert sich mit -0,344 wieder leicht an die politische Mitte an, ist aber mit der Ausnahme Clintons 1992 noch immer der demokratische Kandidat, der am weitesten links ist. Der Unterschied zwischen den Werten sinkt 2012 wieder auf 0,498,

was sich den Werten aus den Jahren 2004 und 1996 annähert und im Gegensatz zu 2008 leicht unter dem Durchschnittswert liegt. Ergebnisse sind dargestellt in Tabelle 10:

Jahr	Kandidat	Häufigste Rechte Kategorien			Häufigste Linke Kategorien		
2012	Romney (808)	Free Market Economy 97/ 12,01%	National Way of Life General 68/8,42%	Military: Positive 65/8,04%	Labour Groups: Positive 91/ 11,26%	Peace 45/5,57%	Internationalism Positive 32/3,96%
	Obama (747)	National Way of Life General 79/ 10,58%	Military: Positive 37/4,95%	Incentives Positive 24/3,21%	Labour Groups: Positive 83/ 11,11%	Economic Planning 70/9,37%	Education: Expansion 69/9,24%

Um die Reliabilität und Validität der Forschung zu gewährleisten, wurde jede Fernsehdebatte von zwei Kodern unabhängig voneinander kodiert. Gab es Abweichungen, die über einem Wert von 80 Prozent lagen, wurden diese Debatten vom jeweiligen Erstkoder noch einmal überarbeitet. Die Ergebnisse der Erst- und Zweitkodierungen finden sich in der Tabelle 11:

Jahr	Debatte	Kandidat	Wert Koder 1	Wert Koder 2
1988	1st Debate	Bush	0,382	0,389
		Dukakis	-0,091	-0,098
	2nd Debate	Bush	0,759	0,699
		Dukakis	-0,091	-0,048
1992	1st Debate	Bush	0,135	0,125
		Clinton	-0,205	-0,161
		Perot	-0,099	-0,121
	2nd Debate	Bush	0,188	0,123
		Clinton	-0,642	-0,536
		Perot	-0,160	-0,173
	3rd Debate	Bush	0,397	0,442
		Clinton	-0,328	-0,328
		Perot	-0,168	-0,161
1996	1st Debate	Clinton	-0,293	-0,298
		Dole	0,314	0,334
	2nd Debate	Clinton	-0,199	-0,192
		Dole	0,183	0,164
2000	1st Debate	Bush	-0,103	-0,115
		Gore	-0,333	-0,333
	2nd Debate	Bush	0,190	0,109
		Gore	-0,110	-0,110
	3rd Debate	Bush	0,325	0,292
		Gore	-0,266	-0,255
2004	1st Debate	Bush	0,144	0,147
		Kerry	-0,157	-0,174
	2nd Debate	Bush	0,454	0,454

		Kerry	-0,236	-0,072
	3rd Debate	Bush	0,348	0,348
		Kerry	-0,189	-0,175
2008	1st Debate	Obama	-0,508	-0,535
		McCain	0,218	0,197
	2nd Debate	Obama	-0,317	-0,342
		McCain	0,084	0,077
	3rd Debate	Obama	-0,457	-0,460
		McCain	0,389	0,418
2012	1st Debate	Obama	-0,523	-0,557
		Romney	0,341	0,347
	2nd Debate	Obama	-0,308	-0,329
		Romney	0,052	-0,028
	3rd Debate	Obama	-0,200	-0,179
		Romney	0,069	0,048

Analyse der Ergebnisse anhand von Politikfeldern

Zwar zeigen die Ergebnisse keine ansteigende Polarisierung über Zeit hinweg, jedoch lassen sich in den unterschiedlichen Themengebieten der Debatten sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede über die Parteilinien hinweg feststellen. Die Themengebiete, in denen die Präsidentschaftskandidaten gravierende Unterschiede aufweisen, dominieren einen größeren Teil der Debatten, als die, in denen Gemeinsamkeiten zu beobachten sind.

Gemeinsamkeiten

Zu den Gemeinsamkeiten der Kandidaten gehört, dass auf beiden Seiten die Kategorien „National Way of Life: Positive“ und „Democracy“ häufig kodiert wurden. Außerdem zeigen sich Ähnlichkeiten bei wirtschaftspolitischen Themen. So wird von den Kandidaten beider Parteien die Kategorie „National Way of Life“ im Zusammenhang mit patriotischen Äußerungen sehr häufig verwendet: Spitzenreiter sind dabei die Republikaner Bush Senior mit 76 Kodierungen im Jahr 1992, Dole mit 104 Kodierungen in 1996 und McCain mit 114 Nennungen der Kategorie im Wahlkampf 2008. Dieses parteiübergreifende Phänomen kann mit dem stark ausgeprägten Patriotismus der Amerikaner erklärt werden, welcher auf dem amerikanischen Exzeptionalismus beruht. So sehen sich die US-Amerikaner als überlegen im Vergleich zu anderen Staaten an und sehen sich selbst in der Pflicht, für die Erhaltung und Entstehung von Freiheit, Gleichheit und Demokratie zu kämpfen. In Zusammenhang mit diesen Ideen steht außerdem die Umsetzung des Individualismus in den USA, welcher politisch, aber vor allem auch wirtschaftlich, verstanden wird: Die freie Marktwirtschaft und damit die Erfüllung des *American Dream* sind für viele Amerikaner essentiell. Gleichheit wird dabei im Sinne von *equality of opportunity* verstanden (Stüwe 2008: 569 f.).

Des Weiteren sehen die Amerikaner ihr Land synonym mit dem Begriff der Demokratie, da sie sich als erste funktionierende Demokratie verstehen. Aus diesem Grund ist es nicht verwunderlich, dass die amerikanischen Wähler ihre Demokratie stets kritisch betrachten, eine Vormachtstellung einzelner Institutionen in jedem Fall verhindern wollen und deshalb großen Wert auf das Prinzip der

checks and balances legen (Stüwe 2008: 570). Dies bestätigen auch die Ergebnisse, denn auch die Kategorie „Democracy“ findet sowohl bei republikanischen als auch bei demokratischen Präsidentschaftskandidaten Eingang in die Debatten. Vor allem die Macht des Kongresses wird hierbei im großen Stil debattiert. Bei dieser Kategorie sticht vor allem der Drittkandidat Ross Perot hervor, bei welchem im Wahlkampf 1992 diese Kategorie mit 92 Mal am häufigsten kodiert wurde. Perot kritisiert dabei als unabhängiger Kandidat die repräsentative Demokratie in Washington, die über die Köpfe der Bürger hinweg entscheiden würde. Er positioniert sich als Mann des Volkes und der direkten Demokratie (vgl. Perot 1992: First Debate).

Abschließend zeigen sich Gemeinsamkeiten hinsichtlich der wirtschaftlichen Positionen: Aus den Ergebnissen lässt sich ablesen, dass in allen Wahljahren wirtschaftliche Themen unter den drei am häufigsten rechten oder linken kodierten Kategorien zu finden sind. Ausnahme dafür sind die Wahlkämpfe unter Bush Junior im Jahr 2000 und 2004. Seit Beginn der 1980er Jahre sah Reagan den Grund für die schwierige wirtschaftliche Lage des Landes in einem zu starken Staat. Deswegen führte er mit den *Reaganomics* die Wirtschaftspolitik des *New Deals* fort und setzte auf neoliberale Policies. Diese Politik wurde von Bush Senior übernommen (Eisner 2014: 123 f.), was man auch in den Kodierungen sieht: 1988 wurde für ihn 31 Mal die Kategorie „Economic Orthodoxy“, 26 Mal „Free Market Economy“ und 18 Mal „Incentives Positive“ kodiert. Linke Wirtschaftskategorien wurden dagegen zusammen nur 19 Mal verwendet. Der demokratische Gegenkandidat Dukakis stimmt in der Verwendung der Kategorie „Economy Orthodoxy“ (26 Mal kodiert) mit den Kodierungen von Bush überein, jedoch betont er mit 51 Kodierungen stark die Kategorie „Labour Groups: Positive“. Unter Clinton wurden Teile marktorientierter republikanischer Wirtschaftspolitik („Incentives Positive“ 15 Mal kodiert), die in den 1980er Jahren zu Wahlerfolgen geführt hatten, mit klassischen demokratischen Anliegen, wie Fragen der Einkommensumverteilung zu den *Clintonomics* zusammengefasst. Hierbei wurden Umverteilungsmaßnahmen („Regulate Capitalism, Market“ 29 Mal kodiert) mit der Senkung des Haushaltsdefizits verbunden. Die Mischung aus republikanischen und demokratischen Wirtschaftspolitiken ist 1996 noch deutlicher zu erkennen: So werden die linken Kategorien „Regulate Capitalism, Market“ 13 Mal und „Economic Planning“ 15 Mal kodiert. Die rechten Kategorien „Free Market Economy“ und „Economic Orthodoxy“ werden je elf und 20 Mal vergeben. Clintons positive Haltung zum Freihandel lässt sich ebenfalls nachweisen. So wird die Kategorie „Protectionism: Positive“ kein einziges Mal kodiert, während „Protectionism: Negative“ 18 Mal kodiert wurde.

Erst zur Jahrtausendwende unter Bush Junior begann man, sich von diesen neoliberalen Politiken zu entfernen, vor allem in der Steuer- und Ausgabenpolitik (Eisner 2014: 139 ff.). Insbesondere Obama wandte sich deutlich gegen diese Politik und setzte auf einen starken Staatsinterventionismus nach keynesianischem Modell, um die Wirtschafts- und Finanzkrise zu lösen und langfristig die Mittelschicht zu stärken (Lemke 2011: 55 ff.). In den Kodierungen zeigt sich dies in den Kategorien „Labour Groups: Positive“, die 77 Mal kodiert wurde, in „Economic Planning“ mit 73 Kodierungen und in der Kategorie „Regulate Capitalism, Market“, die 31 Mal verwendet wurde. Hier zeigen sich jedoch große Unterschiede zwischen den Kandidaten in der Wirtschaftspolitik, so plädiert McCain für die freie Marktwirtschaft („Free Market Economy“ 47 Mal) und für Haushaltsdisziplin (77 Mal

„Economic Orthodoxy“). Diese Haltung blieb auch 2012 erhalten. Obama wollte neue Arbeitsplätze schaffen (83 Mal „Labour Groups: Positive“ kodiert) und die Abwanderung von Stellen ins Ausland verhindern (34 Mal „Protectionism: Positive“ kodiert). Eine stärkere Haushaltsverschuldung für Konjunkturpakete lehnte er jedoch ab („Economic Orthodoxy“ 24 Mal kodiert). Romney hingegen plädierte weiterhin für eine starke Orientierung an der freien Marktwirtschaft („Free Market Economy“ 97 Mal kodiert), sprach sich jedoch als Antwort auf die Finanzkrise auch für die Stärkung der Mittelschicht aus („Labour Groups: Positive“ 91 Mal kodiert).

Unterschiede

Somit zeigen sich bereits erste Unterschiede zwischen den Kandidaten, welche vor allem in Hinblick auf moralische Themen auftreten. Diese sind insbesondere im Bereich des Waffenrechts, des Wohlfahrtsstaates, bei der Frage nach den Rechten von Frauen und Minderheiten und dem Stellenwert von Religion festzustellen. Die zunehmende Wichtigkeit von moralischen Themen in den USA wurde dabei bereits 1994 von dem Soziologen J.D. Hunter vorausgesagt. In seinem Buch „Culture Wars“ beschreibt er, wie sich die zwei polarisierten Lager innerhalb der amerikanischen Bevölkerung darum bemühen, Amerika neu zu definieren. Als unterliegende Konfliktlinie nennt er die Überzeugung des orthodoxen Lagers, dass Werte metaphysisch seien, wohingegen das progressive Lager von sich wandelnden Werten ausgehe (Hunter 1991: 42).

Der Ursprung dieses Trends liegt dabei in den Streitpunkten der amerikanischen Gesellschaft, die sich zunehmend entlang von Ethnien, Klasse, Ideologie und Religion polarisiert. Damit zeigen sich sowohl in den Konflikten der amerikanischen Präsidentschaftskandidaten als auch der Wählerschaft Parallelen, zu den verschiedenen Cleavages, die Lipset in seiner *cleavage theory* identifiziert (vgl. Lipset, u.a. 1967). Die von ihm als am wichtigsten genannte Konfliktlinie, soziale Klasse, konnte auch in den USA historisch als ein signifikanter Faktor gewertet werden, heutzutage hat sich dies jedoch zumindest für die oberen Einkommensschichten relativiert. Noch im Jahr 2004 hat die republikanische Partei einen größeren Anteil von elf Prozent (39 Prozent gegenüber 28 Prozent Demokraten) in der Einkommensschicht der obersten 20 Prozent gehabt. Dieser Vorteil ist inzwischen geradezu eliminiert: 35 Prozent der Amerikaner hoher Einkommensschichten identifizieren sich als unabhängig, 32 Prozent identifizieren sich als Republikaner und 30 Prozent als Demokraten. Auf Seiten der niedrigen Einkommensschichten behalten die Demokraten jedoch nach wie vor die Oberhand: Im Jahr 2009 definierten sich 42 Prozent der Amerikaner aus den unteren Einkommensschichten als Demokraten, ein Wert, der sich in den letzten Jahren kaum verändert hat, wohingegen sich nur 15 Prozent als Republikaner identifizieren (vgl. Pew Research Studie 2009). Eine der wichtigsten Cleavages in der amerikanischen Wählerschaft hingegen ist nach wie vor Religion. Bürger aus allen konfessionellen Gruppen wählen bevorzugt die republikanische Partei. Besonders stark ist dieser Kontrast bei den weißen Protestanten zu beobachten, von denen sich im Jahr 2009 42 Prozent als Republikaner, jedoch nur 20 Prozent als Demokraten identifizierten. Bei den nicht-religiösen Bürgern hingegen ist die demokratische Partei nach wie vor bevorzugt, da diese für eine klare Trennung von Staat und Religion argumentiert (Stonecash 2013: 32 f.). So verstehen sich sowohl im Jahr 1994 als auch 2009 47 Prozent der nicht-religiösen Bürger als Demokraten, jedoch nur 18 Prozent und zehn Prozent Re-

publikaner (vgl. Pew Research Studie 2009). Der bis heute wichtigste Cleavage ist ethnische Zugehörigkeit (*race*). Während sich die weiße Bevölkerung zwischen 1992 und 2014 oft in gleichen Teilen als republikanisch und demokratisch definiert, mit einer Tendenz zur republikanischen Partei (bis zu plus 13 Prozent im Jahr 1995/ plus elf Prozent im Jahr 2013), schneiden die Demokraten bei allen ethnischen Minderheiten besser ab. Unter den afroamerikanischen Bürgern identifizieren sich im gleichen Zeitraum 76 bis 84 Prozent als Demokraten, aber nur acht bis 13 Prozent als Republikaner, da sich die demokratische Partei seit dem *Civil Rights Movement* für die Rechte von Minderheiten engagiert (Stonecash 2013: 43). Auch bei den Hispanics und der asiatischen Bevölkerung erhält die demokratische Partei den Vorzug mit einer Differenz von bis zu 40 Prozent gegenüber den Republikanern (vgl. Pew Research Identification Trends 2015).

Frauen und Gleichstellungsdebatte

Eine ähnliche Polarisierung lässt sich im Bereich der Rechte von Frauen und Minderheiten feststellen. Während die demokratischen Kandidaten die Gleichstellung der Frau sehr häufig in ihren Debatten aufgreifen, scheint das Thema wenig relevant für die republikanischen zu sein. Dabei waren Frauenrechte vor allem unter den Demokraten Clinton und Obama ein großes Thema. Diese setzten sich für die Gleichstellung der Frau im Arbeitsleben, insbesondere im Bereich der Politik, und die Zahlung gleichen Lohns ein. Vor allem Clinton plädierte zusätzlich für *affirmative action* bei Frauen, also Maßnahmen, die ihnen Vorteile verschaffen und damit Diskriminierung entgegenwirken sollen (vgl. Clinton 1992: Second Debate 66 ff.). Bei den Republikanern ist dies jedoch kaum von Bedeutung: Lediglich Bush Senior und Dole sprechen sich in ihren Wahlkämpfen gegen Diskriminierung aller Art aus, auf die Rolle der Frau oder gar staatliche Maßnahmen für eine Gleichstellung wird nicht näher eingegangen. Lediglich Romney spricht sich 2012 klar für die Stärkung von Frauenrechten aus (vgl. Romney 2012: Second Debate 65 ff.).

Ein sehr wichtiges Thema in diesem Bereich ist außerdem die Debatte um die Veränderung der Rechtslage bezüglich Abtreibung. Dieses Thema hat Washington spätestens im Jahr 1973 erreicht, als der Supreme Court in *Roe v. Wade* entschied, dass das Recht zu einer Abtreibung von der Verfassung geschützt wird (*Roe v. Wade* 1973). Diese Entscheidung wird seit jeher von den Republikanern bekämpft und hat das Thema Abtreibung auf die politische Agenda gesetzt. Auch in den von uns untersuchten Debatten wurde es in allen Wahljahren außer 1992 und 1996 diskutiert. Dabei vertreten die republikanischen Kandidaten stets eine Position, welche für das Recht auf Leben des Kindes plädiert und damit Abtreibungen verurteilt (vgl. Bush Senior 1988: First Debate 14; Bush Junior 2000: First Debate 15; Bush Junior 2004: Second Debate 91; McCain 2008: Third Debate 156 ff.). Die demokratischen Kandidaten hingegen sprechen sich für die freie Entscheidung der Frau aus und betonen, dass Abtreibung ein von der Verfassung geschütztes Recht sei (vgl. Dukakis 1988: First Debate 16; Al Gore 2000: First Debate 16; Kerry 2004: Second Debate 89; Obama 2008: Third Debate 152). Der politische Diskurs spiegelt die gesellschaftliche Debatte wieder, welche seit dem Urteil *Roe v. Wade* in das Lager Pro-Life (für das Recht auf Leben des Kindes) und Pro-Choice (für das Entscheidungsrecht der Frau) geteilt ist (Dann 2010: 37 ff.). Die Debatte um Abtreibung ist eines der vielen moralischen Themen, welche seit jeher die amerikanische Politik bestimmen und von religiösen Überzeugungen stark beeinflusst werden. Denn trotz der formalen Trennung von Staat und Kirche

spielt Religion eine sehr wichtige Rolle in der amerikanischen Politik. So gaben 2006 dreiviertel aller US-Bürger an, sie wünschten sich einen Präsidenten, der starke religiöse Überzeugungen vertritt. Diese Orientierung ist damit hauptsächlich auch der Religiosität der Wähler geschuldet (Stüwe 2008: 570 f.). Vor allem auf Seiten der Republikaner findet Religion einen hohen Stellenwert in den Debatten. So findet sich die Kategorie „Traditional Morality: Positive“, die kodiert wird, wenn Kandidaten traditionelle und religiöse Werte vertreten, bei den republikanischen Kandidaten im Durchschnitt 25 Mal pro Debatte. Zwar in geringer Zahl, aber auch bei den Demokraten finden sich jedoch christliche Werte wieder. So beziehen sich die Kandidaten Gore, Clinton und Kerry in ihren Ausführungen auf Gott (vgl. Gore 2000: Third Debate; Clinton 1996: Second Debate; Kerry 2004: Third Debate).

Durch den hohen Stellenwert von Religion lassen sich auch die Positionen der Kandidaten bezüglich der Rechte von Minderheiten erklären. Zwar konnte eine kleine Annäherung der Kandidaten im Laufe der Zeit bei der Akzeptanz Homosexueller festgestellt werden, jedoch nicht bei der Gleichstellung ihrer Rechte. Das Thema der Gleichstellungsrechte für Homosexuelle ist seit nun mehr als 50 Jahren Teil der politischen Debatte in den USA. Grundsätzlich stand es jedem Staat zu, eigene Gesetze in diesem Bereich zu machen, doch gerade auf Grund der unterschiedlichen Anerkennungen von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften in den Einzelstaaten erreichte das Thema die politische Debatte in D.C. In Folge dessen wurden viele Regeln auf bundesstaatlicher Ebene getroffen. In der Fallauswahl wurde das Thema im Jahr 1996 in der zweiten Debatte zwischen Dole und Clinton das erste Mal aufgegriffen. Dole sagte hierzu: „But as far as special rights, I'm opposed to same-sex marriages, which the President signed well after midnight one morning, in the dark of night—he opposed it.“ (Dole 1996: Second Debate 85). Hierbei spielt er auf den *Defense of Marriage Act (DOMA)* an, ein Bundesgesetz, das 1995 unter der Clinton-Administration verabschiedet wurde und welches die Ehe und die damit einhergehenden rechtlichen Vorteile als exklusiv zwischen Mann und Frau bestimmt (Defense of Marriage Act 1996). Dabei demonstriert Dole zum einen, dass Clinton gegen das Gesetz war, zum anderen aber auch die typische republikanische Position. So haben die republikanischen Präsidentschaftskandidaten Homosexuelle als eine Minderheit zwar inzwischen anerkannt, jedoch möchten sie ihnen allenfalls gleichwertige Rechte, nicht aber Sonderrechte zugestehen. So lehnen die Republikaner die gleichgeschlechtliche Ehe nach wie vor ab (Stonecash 2013: 34). Dies wird in den Debatten im Jahr 2000, wie auch 2004 von George W. Bush bestärkt. Al Gore hingegen vermeidet es, sich zum Thema der gleichgeschlechtlichen Ehe zu positionieren, Kerry spricht sich im Jahr 2004 dagegen aus. Beide demokratischen Kandidaten betonen jedoch die Wichtigkeit von gleichen Rechten und den Schutz vor Diskriminierung. Interessanterweise wurde das Thema in den Debatten von Barack Obama nicht aufgegriffen, obwohl sich Obama bekanntlich schon 1996 als Senatsanwärter für die gleichgeschlechtliche Ehe ausgesprochen hatte (Dwyer 2012). Im Rahmen seines Präsidentschaftswahlkampfes und am Anfang seiner Amtszeit hingegen sprach er sich vermehrt gegen eine gleichgeschlechtliche Ehe, wohl aber für gleichgestellte eingetragene Lebenspartnerschaften aus, später vermied er eine klare Positionierung (Dwyer 2012). Dennoch sollte Obama der Präsident sein, unter dem alle bundesstaatlichen Diskriminierungsmaßnahmen aufgelöst wurden⁹ und die

⁹ So wurde die ebenfalls unter Clinton institutionalisierte Militär Policy „don't ask, don't tell“ (Department of Defense Directive 1304.26), welche zwar Diskriminierung, jedoch auch das Outing im Militär untersagte, von Barack Obama im

gleichgeschlechtliche Ehe durch den Supreme Court auf staatlicher und bundesstaatlicher Ebene eingeführt wurde (*Obergefell v. Hodges 2015*). Die Positionierung der Präsidentschaftskandidaten zu dem moralisch umstrittenen Thema der gleichgeschlechtlichen Ehe lässt sich an Hand der gesellschaftlichen Trends gut nachvollziehen. So hat sich die öffentliche Meinung erstmals im Jahr 2013 mehrheitlich für die gleichgeschlechtliche Ehe ausgesprochen (50 zu 43 Prozent). Auf Seiten der Demokraten hingegen liegen die Zustimmungswerte bereits im Jahr 2008 bei 50 Prozent (2016: 70 Prozent), wohingegen der Wert unter den republikanischen Anhängern zwar graduell angestiegen ist, jedoch auch heute bei nur 33 Prozent liegt (verglichen zu 19 Prozent in 2009) (Pew Research Studie 2016).

Wohlfahrtsstaatsdebatte

Ein anderes großes Streitthema zwischen den Kandidaten ist die Ausweitung des Wohlfahrtsstaates. So war vor allem in den Wahljahren 1992, 1996 und 2008 die Polarisierung um dieses Thema groß, da die demokratischen Präsidentschaftskandidaten Clinton und Obama besonders stark für diese Agenda warben. So wurde die Kategorie „Welfare State: Expansion“ bei Clinton insgesamt 145 Mal kodiert und damit so oft wie bei keinem anderen Kandidaten. Dabei argumentierte er vor allem für die Verbesserung und Ausweitung der bundesstaatlichen Krankenversicherung *Medicare* und des Sozialhilfeprogramms *Medicaid* (vgl. Clinton 1996: Second Debate). Obama weitete 2008 diese Agenda aus und plädierte für den später sogenannten *Affordable Care Act* und damit für eine flächendeckende, staatliche Krankenversicherung (vgl. Obama 2008: First Debate). Dies sollte die erste große Neuerung des US-amerikanischen Wohlfahrtsstaates seit der *Great Society* in den 1960er Jahren unter Präsident Johnson werden (Kruse Thomas 2012: 137 f.). Die republikanischen Kandidaten dieser Jahre Bush Senior, Dole und McCain hingegen warben geschlossen für eine mehrheitlich private Krankenversicherung der US-Bürger. Vor allem im Wahljahr 1996 propagierte Dole seine starke Abneigung gegenüber Clintons Reform, um Wählerstimmen zu gewinnen (Stonecash 2013: 34). Dabei ist diese Polarisierung entlang der Parteilinien vor allem auf die große Kluft zwischen Arm und Reich im Land und die Wählerbasis der Parteien zurückzuführen: 2012 lebten immer noch 15 Prozent der Gesamtbevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, außerdem rutschen immer mehr Amerikaner aus der Mittelschicht ab. Dies hat zur Folge, dass sie die hohen Kosten einer privaten Krankenversicherung nicht tragen können. So hatten 2010 annähernd 50 Millionen Amerikaner keine Krankenversicherung (Lammert 2016: 362 ff.). Diese Bevölkerungsschichten wählen zumeist die demokratische Partei, weshalb im vergangenen Jahr 80 Prozent der demokratischen Wähler die staatliche Krankenversicherung befürworteten. Bei den Republikanern hingegen sind es vor allem der hohe Anteil der Wähler mit hohem Einkommen, die eine Ausweitung des Wohlfahrtsstaates verhindern möchten (Dost 2015). Verstärkt wird die Abneigung der Republikaner außerdem durch die Argumentation, dass der Markt die zentrale Quelle für die Versorgung der Bürger ist, während der Staat hier nur unterstützend eingreifen soll (Lammert 2016: 362 f.).

Jahr 2011 außer Kraft gesetzt. DOMA, sowie die von Kalifornien verabschiedete Proposition 8 wurden im Jahr 2013 durch den Supreme Court im Urteil *United States v. Windsor* 570 U.S. (2013) außer Kraft gesetzt.

Waffenrechte

Ein endloser Konflikt in der amerikanischen Gesellschaft, welcher auch die Präsidentschaftskandidaten polarisiert, ist das Waffenrecht. So sprechen sich alle demokratischen Kandidaten außer Dukakis in 1988 für striktere Waffengesetze aus, während die republikanischen mehrheitlich gegen diese argumentierten. Vor allem bei Kandidat Clinton im Wahlkampf 1996 war dies ein präsent Thema. Auslöser hierfür waren zahlreiche Gesetzesinitiativen, welche die Waffenrechte in den USA einschränken sollten. Am meisten Aufsehen erregte dabei die 1993 verabschiedete *Brady Bill*, welche eine fünftägige Wartezeit beim Kauf von Schusswaffen vorsah, um deren Käufer zu überprüfen. 1997 wurde diese allerdings vom Supreme Court als verfassungswidrig deklariert (*Printz v. United States 1997*). Sie war unter Politikern und Wählern von Beginn an sehr umstritten und erklärt damit den starken Fokus auf dieses Thema im Wahlkampf 1996. Die amerikanischen Waffengesetze blieben jedoch auch in den Folgejahren ein viel diskutiertes Thema und symbolisieren damit die „culture wars“ der USA: In der Forderung für stärkere Kontrolle von Waffen in den Jahren 1995 bis 2015 liegt der Anteil der Demokraten, der sich für eine solche Kontrolle ausspricht immer mindestens zehn Prozent über dem Anteil der Republikaner; im Jahr 2011 liegt diese Differenz sogar bei 48 Prozent (Pew Research Studie 2015). Damit ist einerseits vor allem die demokratische Wählerschaft für die Eingrenzung der Waffenrechte, was unter anderem daran liegt, dass insbesondere Afroamerikaner überdurchschnittlich häufig Opfer von Waffengewalt sind. Andererseits möchte ein großer Teil der republikanisch wählenden Bevölkerung sich „the right to bear arms“ erhalten (Singh 2003: 362 ff.). Dabei berufen sie sich stets auf das *Second Amendment* der amerikanischen Verfassung, welches ihnen das individuelle Recht auf Waffenbesitz verspricht. Hinzu kommt jedoch auch das *Tenth Amendment*, welches die Autonomie der Einzelstaaten festlegt und damit den Handlungsrahmen der Bundesregierung begrenzt (Singh 2003: 367). Die Berufung auf die Verfassung des Landes ist dabei vor allem ein republikanischer Trend. In jedem der untersuchten Wahljahre konnte bei den republikanischen Kandidaten der Code „Constitutionalism: Positive“ kodiert werden, was bedeutet, dass sie ihre Politiken anhand der Verfassung rechtfertigen. Spitzenreiter war hier Bush Junior im Jahr 2000, bei welchem die Kategorie 40 Mal kodiert wurde. Dahingegen verwendeten die demokratischen Kandidaten diese Kategorie im Durchschnitt nur vier Mal pro Wahljahr, Bill Clinton bezog sich 1992 in seinen Argumentationen kein einziges Mal auf die Verfassung. Den Republikanern gelingt es durch diese Argumentationsstrategie bis heute, die Waffenkultur in den USA gegen den Willen der Demokraten aufrechtzuerhalten (Singh 2003: 359).

Analyse der Ergebnisse anhand zeitgeschichtlicher Ereignisse

Nach der Policy-Analyse soll nun nach historischen Gründen für diese Positionierung im Wahlkampf gesucht werden, vor allem in Bezug auf Besonderheiten in den Ergebnissen. Es soll erklärt werden, weswegen die Kandidaten ihre Positionen verändern und sich in den unterschiedlichen Wahljahren in die Extreme oder Richtung Medianwähler bewegen. Diese Positionswechsel haben zum einen damit zu tun, dass die Kandidaten mit einer ständig sich ändernden und heterogenen Gesellschaft konfrontiert sind und zum anderen, dass die Amtsanwärter keinen Einfluss auf zeitgeschichtliche Ereignisse, die sich vor, während oder nach ihrer Amtszeit ereignen, haben (Stonecash 2013: 27 f.). Vor

allem das außenpolitische Verhalten der Kandidaten in Bezug auf Frieden, Militär und Internationalismus wirkt sich durch die Reaktion auf historische Ereignisse auf den Verlauf des Graphen aus. Diese Positionierungen dürfen dennoch niemals isoliert betrachtet werden, denn auch gesellschaftsbezogene innenpolitische Faktoren spielen bei außenpolitischen Entscheidungen eine Rolle. Zwischen der staatlichen Akteursebene und der Zivilgesellschaft findet ein ständiger Rückkopplungsprozess statt (Koschut, u.a. 2012: 9 f.).

In der US-amerikanischen Außenpolitik lassen sich zwei gegensätzliche Handlungstraditionen unterscheiden: Den Isolationismus und den Interventionismus, welche sich über die Jahrzehnte immer wieder abwechseln. Beiden liegt das amerikanische Selbstverständnis des Exzeptionalismus zu Grunde, welcher sich wiederum in zwei Interpretationsstränge teilen lässt: Die introvertierte Sichtweise bezieht sich ausschließlich auf Amerika als *exemplar nation*, während die extrovertierte Seite den demokratischen Missionierungsgedanken vertritt und die USA als *missionary nation* und *crusader state* versteht (McDougall 1997). Die Befürworter der Vorbildnation setzen auf Abschottung der USA, um die eigenen innerstaatlichen Projekte vor den negativen und moralisch rückständigen Einflüssen der Außenwelt zu schützen. Sie verfolgen die Idee von *America First* und nutzen dafür alle innenpolitischen Ressourcen, um ihre Vorbildhaftigkeit für die Welt auszubauen. Auch das Selbstverständnis der Kreuzfahrernation beinhaltet ein solch negatives Weltbild. Allerdings wird hier an die moralische Verantwortung des Landes plädiert, welche darin besteht, die amerikanischen Werte zu verbreiten (Koschut 2012: 32).

Die erste Auffälligkeit, die sich im Ergebnisgraphen ablesen lässt, ist die ungewöhnlich stark rechts-polarisierte Position des republikanischen Kandidaten Bush Senior in den Debatten des Wahljahres 1988. Zwar lässt sich diese inhaltlich mit der häufigen Erwähnung von rechten Kategorien wie „Traditional Morality: Positive“ und „Law and Order: Positive“ in Bezug auf Drogenprävention begründen, dennoch spielt vor allem die starke Befürwortung des Militärs (Military: Positive 54 Mal erwähnt) im Zusammenhang mit Atomwaffen eine große Rolle. Erklärungen hierzu lassen sich in der US-Geschichte und vor allem der Außenpolitik Reagans finden. Zwar hatte sich die Vorstellung eine Weltmacht zu sein spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg gefestigt, wurde aber dennoch mit dem verlorenen Vietnamkrieg stark infrage gestellt (Stüwe 2008: 576). Die Niederlage im April 1975 hatte einen ideologischen Schock und eine Erschütterung der amerikanischen Grundwerte zur Folge, welche die Außenpolitik noch lange prägte. Es lag somit an Ronald Reagan, die Position der USA in der internationalen Politik, vor allem auch während des Kalten Krieges, neu zu definieren. Sein außenpolitisches Verhalten kann als interventionistisch angesehen werden. Der Interventionismus befürwortet eine aktive, extrovertierte Rolle und multilaterales Engagement der USA in der Welt. In ihr soll Amerika, unter der Wahrung von moralischer Reinheit und Distanz, als Führungsnation etabliert und die amerikanischen Werte verbreitet werden (Koschut 2012: 34 f.). Diese Tradition folgt dem Anspruch der *superpower* und vertritt die Ansicht, Vorbild in Sachen Demokratie und Menschenrechte zu sein. Reagan verfolgte in seinem Kampf gegen den Kommunismus und um den Status der Weltmacht die Strategie des Wettrüstens gegen die Sowjetunion, welches jedoch für die USA große finanzielle Defizite zur Folge hatte (Stüwe 2008: 563 f.). Er setzte auf eine aktive und selbstbewusste

Außen- und Verteidigungspolitik, welche von Bush Senior fortgeführt wurde. Mit dem Ende des kalten Krieges 1991 und dem Gefühl auf der „richtigen“ Seite gestanden zu haben, wurde die USA zur *uncontested superpower*. Das erschütterte Selbstbild war somit erneuert, neues Selbstvertrauen war gewonnen und bestärkte die USA in ihren ursprünglichen Idealen. Durch die Wiedervereinigung Deutschlands 1989, dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion und dem 1991 gewonnenen Krieg im Irak wurde die USA in ihrer Position als einzige Supermacht gestärkt und ihre Vorstellungen vor allem in Bezug auf Demokratieförderung schienen zum internationalen Paradigma geworden zu sein (Nautré 2012: 160). Bush Senior orientierte sich außenpolitisch stark an Reagan und führte dessen innenpolitische Erfolgspolitik weiter. Die *Grand Old Party* hatte es in den 1980ern geschafft neue Wählerschichten, vor allem weiße Südstaatler, Katholiken und religiöse Rechte, zu gewinnen. Diese sollten auch weiter an die Partei gebunden werden.

Eine außenpolitische Kehrtwende wird bei dem Kandidaten Bush Junior sichtbar: Wenn man dessen Wahlkämpfe in den Jahren 2000 und 2004 vergleicht, ist eine extreme Rechtspolarisierung im Jahr 2004 festzustellen. Dies wurde maßgeblich davon bedingt, dass er mit seiner Politik auf die terroristischen Anschläge 2001 reagieren musste und ist wohl das beste Beispiel von historischen Einflüssen auf die politische Polarisierung von Präsidentschaftskandidaten. Zum Zeitpunkt seines Amtsantritts 2000 kann sein außenpolitisches Verhalten dem Pol des Isolationismus zugeordnet werden. Dieser ist von Abschottung gegenüber schädlichen äußeren Einflüssen geprägt, welche möglicherweise zur Gefährdung von Freiheit und Demokratie beitragen könnten. Dabei wird sich auf zwei Prinzipien berufen. Die Idee der Nichtintervention beinhaltet eine ablehnende Haltung gegenüber internationalen Abkommen und Verträgen, sowie die Vermeidung von Krieg, sofern es nicht um die Verteidigung des eigenen Staatsgebiets geht. Der Protektionismus, das zweite Prinzip, versucht vor allem durch Einwanderungsquoten und Handelszölle den kulturellen und wirtschaftlichen Austausch mit anderen Staaten gering zu halten (Koschut 2012: 33 f.). Bei Bush Junior wurde dies vor allem deutlich, weil er aus dem Koyoto-Protokoll ausstieg, internationale Militärrestriktionen ablehnte und sich gegen die Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofes aussprach (Stüwe 2008: 578). Bedingt durch die Terrorangriffe am 11. September 2001 und inhaltlich deutlich sichtbar in den Debatten von 2004, begann Bush Junior einen außenpolitischen Strategiewechsel. Nach den Anschlägen rief er zum weltweiten Krieg gegen den Terrorismus auf. Im kodierten Material von 2004 schlägt sich dies nieder, indem er zum einen stark den Einsatz des Militärs favorisierte („Military: Positive“ 141 Mal erwähnt) und zum anderen an die amerikanische Bevölkerung und ihre Traditionen und Werte plädierte („Traditional Morality: Positive“ 91 Mal erwähnt). Auch sein politischer Gegner, der Demokrat John Kerry reagierte in diesem Wahljahr auf dieses gravierende Ereignis und befürwortet militärische Maßnahmen im Kampf gegen den Terror. Allerdings berief er sich auch auf die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, sichtbar durch die Kodierung der Kategorie „Internationalism: Positive“ 86 Mal, welche in seinen Debatten die am zweithäufigsten kodierte Kategorie ist. Zudem kritisierte er auch stark die Vorgehensweise und Strategie Bushs im Irakkrieg, ist aber hin- und hergerissen zwischen Interventionismus und Protektionismus, was man an der gleichwertigen Kodierung der Militärkategorien ablesen kann (Military: Positive: 79; Military: Negative: 75).

Mit der Kandidatur des Demokraten Barack Obamas geht ein außenpolitischer Paradigmenwechsel einher und die US-amerikanische außenpolitische Einstellung ändert sich erneut radikal. Zwar kann Obama als Interventionist angesehen werden, allerdings ist er eher der abgeschwächten und neutraleren formulierten Form des Internationalismus zuzuordnen. Er plädiert in seinen Debatten 2008 insgesamt 63 Mal für den Internationalismus und spricht sich 58 Mal gegen das Militär aus. Dabei ging es ihm vor allem um den Abzug der Truppen aus dem Irak und Afghanistan, hier setzt er primär auf Dialog und Verhandlung statt auf weitere militärische Einmischung. Der republikanische Gegenkandidat McCain hingegen befürwortete weiterhin den Einsatz des Militärs, die Kategorie „Military: Positive“ wurde 83 Mal kodiert. Ein weiteres Thema für das Obama sich stark machte, ist die nukleare Abrüstung. Für sein internationales Engagement erhielt er 2009 den Friedensnobelpreis (Klingst 2015; Kolb 2012).

Fazit

Die Forschungsergebnisse zeigen keinen graduellen Anstieg der Polarisierung der Positionen der Präsidentschaftskandidaten in den untersuchten Wahljahren. Sowohl Hypothese 1 als auch Hypothese 2 sind somit falsifiziert: Es lässt sich in den Jahren 1988 bis 2012 keine allgemeine Polarisierung mit dem Downs'schen Theorieverständnis und somit auch kein Trend feststellen. Jedoch bestätigen die Ergebnisse seine Theorie in Hinblick auf den Status der Ungewissheit: Es zeigte sich, dass die Debatten aller Kandidaten deutlich von konservativer und liberaler Ideologie geprägt sind. Daraus kann man schließen, dass eine thematische Polarisierung vor allem hinsichtlich moralischer Themen existiert, welche durch gesellschaftliche Spannungslinien bedingt werden. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass Downs' Annahmen zur Beeinflussung der Kandidaten durch die Wähler als zutreffend angesehen werden können. Des Weiteren kann ein Einfluss von zeitgeschichtlichen Ereignissen erkannt werden. Es lässt sich schlussfolgern, dass zwar keine graduelle, jedoch eine punktuelle Polarisierung im US-amerikanischen Wahlkampf nachgewiesen werden kann.

Abbildungsverzeichnis

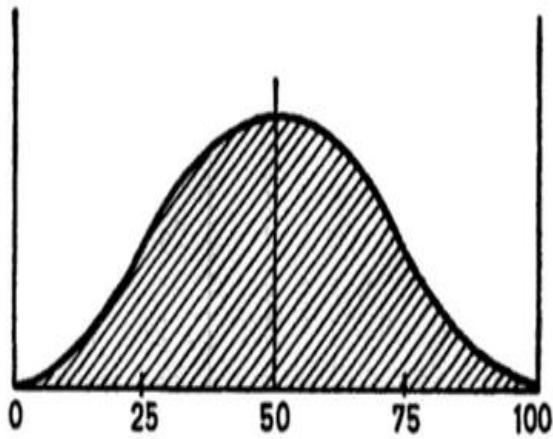


Abbildung 1
(Downs 1968: 114)

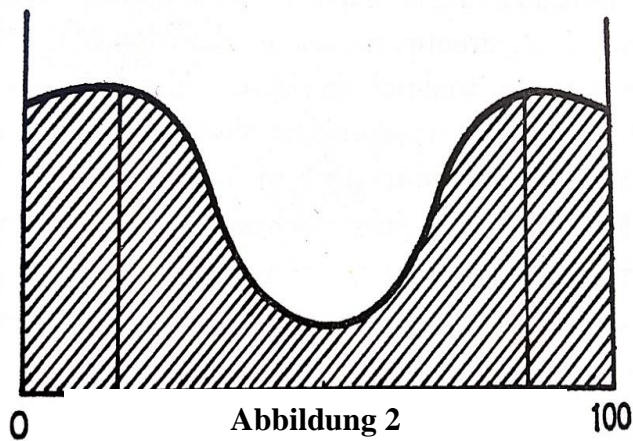


Abbildung 2
(Downs 1968: 115)

Watched Campaign on TV 1952-2012

	'52	'54	'56	'58	'60	'62	'64	'66	'68	'70	'72	'74	'76	'78	'80	'82	'84	'86	'88	'90	'92	'94	'96	'98	'00	'02	'04	'08	'12
No :	49	**	26	**	13	**	11	**	11	**	12	45	11	31	14	24	14	25	**	37	11	**	26	**	18	38	14	14	24
Yes:	51	**	74	**	87	**	89	**	89	**	88	55	89	69	86	76	86	75	**	63	89	**	74	**	82	62	86	86	76
N	1656		1758		1829		1448		1341		1116	2479	2400	2290	1406	1409	1943	2174		1976	2251		1504		1544	1318	1061	1059	5503

Abbildung 3

(The ANES Guide to Public Opinion and Electoral Behavior 2012

http://electionstudies.org/nesguide/toptable/tab6d_1.htm)

Kategorien und Definitionen des Comparative Manifesto Projects

Rechte Kategorien

Military: Positive: The importance of external security and defence. May include statements concerning:

- The need to maintain or increase military expenditure;
- The need to secure adequate manpower in the military;
- The need to modernise armed forces and improve military strength;
- The need for rearmament and self-defence;
- The need to keep military treaty obligations.

Freedom and Human Rights, comprised of:

- **Freedom:** Favourable mentions of importance of personal freedom in the manifesto and other countries. May include mentions of:
 - Freedom from state coercion in the political and economic spheres;
 - Freedom from bureaucratic control;
 - The idea of individualism.
- **Human Rights:** Favourable mentions of importance of human and civil rights in the manifesto and other countries, including the right to freedom of speech, press, assembly etc.; supportive refugee policies.

Constitutionalism: Positive: Support for maintaining the status quo of the constitution. Support for specific aspects of the manifesto country's constitution. The use of constitutionalism as an argument for any policy.

Free Market: Positive, comprised of:

- **Free Market Economy:** Favourable mentions of the free market and free market capitalism as an economic model. May include favourable references to:
 - Laissez-faire economy;
 - Superiority of individual enterprise over state and control systems;
 - Private property rights;
 - Personal enterprise and initiative;
 - Need for unhampered individual enterprises.
- **Incentives: Positive:** Favourable mentions of supply side oriented economic policies (assistance to businesses rather than consumers). May include:
 - Financial and other incentives such as subsidies, tax breaks etc.;
 - Wage and tax policies to induce enterprise;
 - Encouragement to start enterprises.
- **Protectionism: Negative:** Support for the concept of free trade and open markets. Call for abolishing all means of market protection (in the manifesto or any other country).
- **Economic Orthodoxy:** Need for economically healthy government policy making. May include calls for:
 - Reduction of budget deficits;
 - Retrenchment in crisis;
 - Thrift and savings in the face of economic hardship;

- Support for traditional economic institutions such as stock market and banking system;
- Support for strong currency.

Welfare State Limitation: Limiting state expenditures on social services or social security. Favourable mentions of the social subsidiary principle (i.e. private care before state care).

National Way of Life: Positive, comprised of:

- **General:** Favourable mentions of the manifesto country's nation, history, and general appeals. May include:
 - Support for established national ideas;
 - General appeals to pride of citizenship;
 - Appeals to patriotism;
 - Appeals to nationalism;
 - Suspension of some freedoms in order to protect the state against subversion.
- **Immigration:** Negative: Statement advocating the restriction of the process of immigration, i.e. accepting new immigrants. Might include statements regarding,
 - Immigration being a threat to national character of the manifesto country,
 - 'the boat is full' argument;
 - The introduction of migration quotas, including restricting immigration from specific countries or regions etc.
 - Only concerned with the possibility of new immigrants. For negative statements regarding immigrants already in the manifesto country, please see 608.1.

Traditional Morality: Positive: Favourable mentions of traditional and/or religious moral values. May also include:

- Prohibition, censorship and suppression of immorality and unseemly behaviour;
- Maintenance and stability of the traditional family as a value;
- Support for the role of religious institutions in state and society.

Law and Order, comprised of:

- **Law and Order General: Positive:** Favourable mentions of strict law enforcement, and tougher actions against domestic crime. Only refers to the enforcement of the status quo of the manifesto country's law code. May include:
 - Increasing support and resources for the police;
 - Tougher attitudes in courts;
 - Importance of internal security.
- **Law and Order General: Negative:** Favourable mentions of less law enforcement or rejection of plans for stronger law enforcement. Only refers to the enforcement of the status quo of the manifesto country's law code. May include:
 - Less resources for police;
 - Reducing penalties;
 - Calls for abolishing the death penalty;
 - Decriminalisation of drugs, prostitution etc.

Civic Mindedness: Positive, comprised of:

- **General:** General appeals for national solidarity and the need for society to see itself as united. Calls for solidarity with and help for fellow people, familiar and unfamiliar. May include:
 - Favourable mention of the civil society and volunteering;
 - Decrying anti-social attitudes in times of crisis;
 - Appeal for public spiritedness;
 - Support for the public interest.
- **Bottom-Up Activism:** Appeals to grassroots movements of social change; banding all sections of society together to overcome common adversity and hardship; appeals to the people as a united actor.

Linke Kategorien

Anti-Imperialism

- **State Centred Anti-Imperialism:** Negative references to imperial behaviour and/or negative references to one state exerting strong influence (political, military or commercial) over other states. May also include:
 - Negative references to controlling other countries as if they were part of an empire;
 - Favourable references to greater self-government and independence for colonies;
 - Favourable mentions of de-colonisation.
- **Foreign Financial Influence:** Negative references and statements against international financial organisations or states using monetary means to assert strong influence over the manifesto or other states. May include:
 - Statements against the World Bank, IMF etc.;
 - Statements against the Washington Consensus;
 - Statements against foreign debt circumscribing state actions.

Military: Negative: Negative references to the military or use of military power to solve conflicts. References to the 'evils of war'. May include references to:

- Decreasing military expenditures;
- Disarmament;
- Reduced or abolished conscription.

Peace: Any declaration of belief in peace and peaceful means of solving crises - absent reference to the military. May include:

- Peace as a general goal;
- Desirability of countries joining in negotiations with hostile countries;
- Ending wars in order to establish peace.

Internationalism: Positive: Need for international co-operation, including co-operation with specific countries other than those coded in 101. May also include references to the:

- Need for aid to developing countries;
- Need for world planning of resources;
- Support for global governance;
- Need for international courts;
- Support for UN or other international organisations.

Democracy, comprised of:

- **General: Positive:** Favourable mentions of democracy as the “only game in town”. General support for the manifesto country’s democracy. May also include:
 - Democracy as method or goal in national, international or other organisations (e.g. labour unions, political parties etc.);
 - The need for the involvement of all citizens in political decision-making; Support for parts of democratic regimes (rule of law, division of powers, independence of courts etc.).
- **General: Negative:** Statements against the idea of democracy, in general or in the manifesto country. Calls for reducing or withholding democratic rights from all or certain groups of people. Calls for the introduction or maintaining of a non-democratic regime, e.g. monarchy or rule of the military.
- **Representative Democracy: Positive:** Favourable mentions of the system of representative democracy, in particular in contrast to direct democracy.
- **Direct Democracy: Positive:** Favourable mentions of the system of direct democracy, in particular in contrast to representative democracy. This includes the call for the introduction and/or extension of referenda, participatory budgets and other forms of direct democracy.

Market Regulation: Positive, comprised of:

- **Market Regulation:** Support for policies designed to create a fair and open economic market. May include:
 - Calls for increased consumer protection;
 - Increasing economic competition by preventing monopolies and other actions disrupting the functioning of the market;
 - Defence of small businesses against disruptive powers of big businesses;
 - Social market economy.
- **Economic Planning:** Favourable mentions of long-standing economic planning by the government. May be:
 - Policy plans, strategies, policy patterns etc.;
 - Of a consultative or indicative nature.
- **Protectionism: Positive:** Favourable mentions of extending or maintaining the protection of internal markets (by the manifesto or other countries). Measures may include:
 - Tariffs;
 - Quota restrictions;
 - Export subsidies.
- **Controlled Economy:** Support for direct government control of economy. May include, for instance:
 - Control over prices;
 - Introduction of minimum wages.
- **Labour Groups: Positive:** Favourable references to all labour groups, the working class, and unemployed workers in general. Support for trade unions and calls for the good treatment of all employees, including:
 - More jobs;
 - Good working conditions;
 - Fair wages;
 - Pension provisions etc.

Welfare State Expansion: Favourable mentions of need to introduce, maintain or expand any public social service or social security scheme. This includes, for example, government funding of:

- Health care;
- Child care;
- Elder care and pensions;
- Social housing.

Education Expansion: Need to expand and/or improve educational provision at all levels.

Literatur

- Abramowitz, A. & Saunders K. L. (2008). Is Polarization a Myth?. *The Journal of Politics*, 70 (2), 542-555.
- Abramowitz, A. (2010). *The Disappearing Center. Engaged Citizens, Polarization, and American Democracy*. New Haven, CT: Yale University Press.
- APSA Committee on Political Parties. (1950). Toward a More Responsible Two-Party System. *American Political Science Review*, 44 (3), xi–99.
- Arzheimer, K. & Schmitt A. (2005). Der ökonomische Ansatz. In J. Falter & H. Schoen (Eds.), *Handbuch Wahlforschung* (2nd ed.) (pp. 243-304). Wiesbaden: VS für Sozialwissenschaften.
- Balz, D. (2013). In *Shutdown's roots lie in deeply embedded divisions in America's politics*. Retrieved from https://www.washingtonpost.com/politics/shutdowns-roots-lie-in-deeply-embedded-divisions-in-americas-politics/2013/10/05/28c0afe2-2cfa-11e3-b139-029811dbb57f_story.html
- Dann, E. (2010). *God and the Public Square*. Lanham, MD: Lexington Books.
- Defense of Marriage Act, 1 U.S.C. § 7 and 28 U.S.C. § 1738C, 1996.
- Dost, M. (2015). In *Republicans divided by income over government's role in 'safety net' issues*. Retrieved from <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2015/12/01/republicans-divided-by-income-over-governments-role-in-safety-net-issues/>
- Downs, A. (1968). *Ökonomische Theorie der Demokratie*. Tübingen: J.C. B. Mohr.
- Dwyer, D. 2012. In *Timeline of Obama's "evolving" on same-sex marriage*. Retrieved from <http://abcnews.go.com/blogs/politics/2012/05/timeline-of-obamas-evolving-on-same-sex-marriage/>
- Eisner, M.A. (2014). *The American Political Economy. Institutional Evolution of Market and State* (2nd ed.). New York and London: Routledge Verlag.
- Endres, A. (2008). In *Kapitalismus in der Krise - Die Finanzkrise der USA und ihre globalen Auswirkungen*. Retrieved from <http://www.bpb.de/internationales/amerika/usa/10673/finanzkrise?p=0>
- Fiorina, M. P. & Levendusky M. (2006). Disconnected: the political class versus the people. In P. Nivola & D. Brady (Eds.), *Red and blue nation? Characteristics, causes, and chronology of America's polarized politics* (pp. 49-72). Washington, DC: Brookings Institution Press and Hoover Institution.
- Frendreis, J., Gitelson, A.R., Jenkins, S. & Roscoe, D.D. (2003). Testing Spatial Models of Elections: The Influence of Voter and Elites on Candidate Issue Positions. *Legislative Studies Quarterly*, 28 (1), 77–101.
- Geertz, C. (1972). "Deep Play": Bemerkungen zum balinesischen Hahnenkampf. In *Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme* (pp.202-260). Frankfurt/M.: Suhrkamp.

- Geertz, C. (1987). Dichte Beschreibung. Bemerkungen zu einer deutenden Theorie von Kultur. In *Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme* (pp. 7-43), Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Grofman, B. (2004). Downs and two-party convergence. *Annual Political Science Review*, 7, 25-46.
- Hunter, J.D. (1991). *Culture Wars: The struggle to control the family, art, education, law, and politics in America*. New York: Basic Books.
- Klingemann, H., Volkens, A., Bara, J., Budge, I., McDonald, M. (2006). *Mapping Policy Preferences II. Estimates for Parties, Electors, and Governments in Eastern Europe, European Union, and OECD 1990-2003*. New York, NJ: Oxford University Press.
- Klingst, M. (2015). *Der Segen der Obama Doktrin*. Retrieved from <http://www.zeit.de/politik/2015-07/obama-doktrin-fuenf-vor-acht>
- Kolb, M. (2012). *Obamas Schnellkurs im politischen Realismus*. Retrieved from <http://www.sueddeutsche.de/politik/aussenpolitik-des-us-praesidenten-obamas-schnellkurs-im-politischen-realismus-1.1307383>
- Koschut, S., Kutz, M.S. (Eds.). (2012). *Die Außenpolitik der USA Theorie- Prozess- Politikfelder- Regionen*. Opladen&Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Koschut, S. (2012). Exzeptionalismus, Interventionismus und Isolationismus. In Koschut, S., Kutz, M.S. (Eds.). *Die Außenpolitik der USA Theorie- Prozess- Politikfelder- Regionen* (pp.31-39). Opladen&Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Kruse Thomas, K. (2012). Solving the Nation's Number One Health Problem(s). In Conn, S. (Ed.), *To Promote the General Welfare. The Case for Big Government* (pp. 118-139). New York: Oxford University Press.
- Laver, M. & Garry J. (2000). Estimating Policy Positions from Political Texts. *American Journal of Political Science*, 44 (03), 619-634.
- Lammert, C. (2016). Sozialpolitik zwischen Markt und Staat. In Lammert, C., Siewert, M. & Vormann, B. (Eds.). *Handbuch Politik USA* (pp. 361-380). Wiesbaden: Springer VS.
- Lemke, C. (2011). *Richtungswechsel. Reformpolitik der Obama-Administration*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lewis, J. B. & King G. (1999). No Evidence on Directional vs. Proximity Voting. Society of Political Methodology. *Political Analysis*, 8 (1), 21-33.
- Lipset S.M. & Rokkan S. (1967). *Cleavage Structures, party systems, and voter alignments: an introduction*. New York, NY: Free Press.
- Lowe, W., Benoit, K., Mikhaylov, S. & Laver, M. (2011). Scaling Policy Preferences from Coded Political Texts. *Legislative Studies Quarterly*, 36 (01), 123-155.
- Mayring, P. (2015). *Qualitative Inhaltsanalyse Grundlagen und Techniken* (12th ed.). Weinheim und Basel: Beltz Verlag.
- McDougall, W.A. (1997). *Promised Land, Crusader State. The American Encounter with the World Since 1776*. New York, NY: Houghton.

- Nautré, Z. (2012). Demokratieförderung und Menschenrechte. In Koschut, S. & Kutz M.S. (Eds.). *Die Außenpolitik der USA Theorie- Prozess- Politikfelder- Regionen* (pp. 157-167). Opladen&Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Nivola, P. & Brady D. (2006). *Red and Blue Nation? Characteristics and Causes of America's Polarized Politics*. Washington D.C: The Brookings Institution.
- Obergefell v. Hodges, 576 U.S. _ (2015).
- Pew Research Studie. (2009). *Party Affiliation and Composition*. Retrieved from <http://www.people-press.org/2009/05/21/section-1-party-affiliation-and-composition/>
- Pew Research Center. (2015). *Political Polarization in the American Public*. Retrieved from <http://www.peoplepress.org/2014/06/12/political-polarization-in-the-american-public/>
- Pew Research Studie. (2015). *Gun Rights vs. Gun Control*. Retrieved from <http://www.people-press.org/2015/08/13/gun-rights-vs-gun-control/#party>
- Pew Research Identification Trends. (2015). *Party Identification: Race and ethnicity*. Retrieved from <http://www.people-press.org/2015/04/07/party-identification-trends-1992-2014/#race>
- Pew Research Center. (2016). *Public uncertain, divided over America's place in the world*. Retrieved from <http://www.people-press.org/2016/05/05/1-americas-global-role-u-s-superpower-status/>
- Pew Research Studie. (2016). *Public opinion on same-sex marriage*. Retrieved from <http://www.pewforum.org/2016/05/12/changing-attitudes-on-gay-marriage/#attitudes-on-same-sex-marriage-by-political-party-identification>
- Poole, K. & Rosenthal, H. (2001). D-Nominate after 10 years: a comparative update to Congress: A political-economic history of roll-call voting. *Legislative Studies Quarterly*, 26 (01), 5-29.
- Printz v. United States, 521 U.S. 898 (1997).
- Roe v. Wade, 410 U.S. 113 (1973).
- Schmidt, M.G. (2004). *Wörterbuch der Politik* (2nd ed.). Stuttgart: Alfred Kröner Verlag.
- Singh, R. (2003). Gun Control. In Singh, R. (Ed.). *Governing America. The Politics of a Divided Democracy* (pp. 359-374). New York, NY: Oxford University Press.
- Sussell J. & Thomson, J. (2015). *Are Changing Constituencies Driving Rising Polarization in the U.S. House of Representatives?* Santa Monica, CA: RAND Corporation.
- Stonecash, J.M. (2013). *Understanding American Political Parties. Democratic Ideals, Political Uncertainty and Strategic Positioning*. New York, NY: Routledge.
- Stüwe, K. (2008). Das politische System der USA. In Stüwe, K. & Rinke S. (Eds.). *Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika* (pp. 538-580). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Styckow, P., Daase, C., MacKenzie J. & Moosauer N. (2010). *Politikwissenschaftliche Arbeitstechniken* (2nd ed.). Paderborn: Wilhelm Fink.

Werner, A., Lacewell, O. & Volkens, A. (2014). In *Manifesto Coding Instructions* (5th ed.). Retrieved from https://manifestoproject.wub.eu/down/papers/handbook_2014_version_5.pdf

Wolff, S. (1992). Die Anatomie der Dichten Beschreibung. In Mattes, J. (Ed.), *Soziale Welt, Sonderband 8* (pp. 339-361). Göttingen: Otto Schwartz Verlag.